Freitag, 20. 10., Mitgliederversammlungen in Groß-Berlin

Wirtschaft

Glöckner über die Wirtschaftslage

Der Hunger soll die Entscheidung bringen

Wir geben nachstehend die Rede wieder, die der Geheimrat Klöckner laut „D. A. Z." in der Generalversammlung des „Lothringer Hüttenvereins" hielt. Sie zeigt klar und unzweideutig den Kurs, den das Kapital einzuschlagen gedenkt, oder bereits eingeschlagen hat, und — man kann sich drehen und wenden wie man will — der Weg des kapitalistischen Wiederaufbaus geht nun einmal über die Leichen von Millionen.

Die kapitalistische Presse vertritt schon eine geraume Zeit den „Standpunkt der Auflösung der „Goldfestungen", und den Ersatz durch „Sachfestungen". Es versteht sich am Rande, daß diese Reparationslieferungen für das deutsche Kapital ein riesiges Geschäft bedeuten. Es ist jedoch ebenso selbstverständlich, daß sie eine Ausfuhr ohne Einfuhr sind, daß die Handelsbilanz dadurch ungeheuer belastet wird. Es bleibt keine Möglichkeit der Einfuhr mehr, und die Folge ist barendes Sinken der Mark. Eine Stabilisierung der Mark würde bedeuten, daß der Anreiz, der durch der Möglichkeit des Liefernes unter Weltmarktspreisen gegeben ist, fortfällt, und die Absatzkrise hereinbrechen muß. Auf der anderen Seite bricht jedoch auch durch die mit der Entwertung der Mark verbundene fortdauernde Herabsetzung des Reallohns die letzte Kaufkraft zusammen, so daß für das Kapital kein anderer Weg übrig bleibt, als durch rücksichtsloseste Verschärfung der Ausbeutung, jede Konkurrenz zu unterbinden, und die Reparationslieferungen neben einer aktiven Handelsbilanz herauszupressen.

Auch das Kapital sieht, daß aus diesem Grunde der letzte Widerstand gebrochen werden muß. Klöckner sagt es unverblümt, daß der Hunger uns (!) zwingen wird, länger zu arbeiten; und das, was bis jetzt war, noch gar nichts ist.

Die Fortsetzung des Marksturzes, die für die weitere Produktion eben notwendig ist, muß jenen Moment herbeiführen, wo das Proletariat tatsächlich vor die Alternative gestellt ist: entweder den entscheidenden Schlag zu wagen, oder das „Vaterland" weiter zu „retten" durch Verlängerung der Arbeitszeit, und verstärktes Wüten gegen sein eigenes Klasseninteresse. Diese klare Entscheidung wird natürlich den Gewerkschaften und ihren Zutreibern keine Kopfschmerzen machen. Sie sind am Wiederaufbau des Kapitals interessiert, und haben gar nicht nötig offen zu sagen, was sie wollen; (trotzdem sie das tun) denn auch hier entscheidet eben die Zwangslage. Ein Kampf um den „Achtstundentag" durch Streiks, in denen sich die Arbeiterschaft truppweise aushungern läßt, wird ganz von selbst das für die Gewerkschaften und Kapital gewünschte Resultat zeitigen, auch wenn es „für" den Achtstundentag geführt wird. Doch auch wenn das deutsche Proletariat unsere Stimme noch nicht hören will, und glaubt, daß es das Kapital retten könne, es wird dann in kurzer Zeit noch ganz andere Töne zu hören bekommen als die, die wir hier folgen lassen:

Die Verschleuderung der Mark drückt jetzt verheerend auf die Finanzverwaltung. Den riesigen Preissteigerungen sind die Kapitalien nicht mehr gewachsen und der Wirtschaft wird es nur noch kurze Zeit möglich bleiben, die Löhne und Gehälter für die Aufrechterhaltung der Betriebe herbeizuschaffen. Manche Stellen versuchen durch eine Vertkürzung der Zahlungsbedingungen sich zu helfen. Wir können hieses Mittel nur verurteilen. Es reizt zur Nachahmung und wirkt, falls allgemein durchgeführt, den Wirtschaftsleben sofort zusammenbrechen lassen. In der Kreditkrise müssen groß und klein zusammenhalten und keine Ausnahmebestimmungen dürfen getroffen werden. Es muß versucht werden, durch vorläufige Benutzung des Warenvorrates das Geldspiel noch so lange als möglich aufrecht zu erhalten.

Nach unserer Ansicht ist Deutschland jetzt am Ende seiner Kraft angelangt. Wenn noch eine Rettung möglich sein soll, dann muß nicht nur eine notständige Einstellung aller Geldzahlungen auf Grund des Friedens-Versäuflen auf längere Zeit erfolgen, sondern auch eine angemessene Einschränkung der Reparationskohlenlieferungen und eine wesentliche Reduktion der Papiermarkzahlungen für Besatzungen und Kommissionen, damit versucht werden kann, unsere Zahlungsbilanz aktiv zu gestalten, denn nur mit dem Ueberschuß des Exports können Reparationen in Zukunft noch bezahlt werden.

Das deutsche Volk hat im vergangenen Jahre den Kampf um sein Dasein aufgenommen und in vielen Fällen ist mehr geschehen, wie die Ententeleute hatten aber nicht ausgerechnet. Die Ueberschreitung der Reparationsbedingungen im Dezember hat im September nur geringe Resultate erzielt und deshalb die Selbstkosten der Kohlenzechen schwer belastet. Erst in diesem Monat beginnt dasselbe sich in einer stärkeren Mehrförderung auszuwirken. Bei unseren Bergarbeitern verfahren jetzt ungefähr 20 Prozent Ueberschichten, und zwar teils 3 mal 2 Stunden und teils 6 mal 1 Stunde. Diese Mehrförderung wird aber nicht genügen. Die Förderung muß so weit gesteigert werden, daß die fremde Kohle wieder aus dem Ruhr verdrängt wird und so viel Kohlen vorhanden sind, um den Stahlwerken durch die Erhöhung der Produktion die Möglichkeit zur Beteiligung der fremden Eisenein-fuhr zu geben. Die durch diese Mehrarbeit freiwerdenden Leute fehlen dann für Getreide, Fleisch und Fett zur Verfügung. In diesem Falle würden dann auch die Thomasmehl- und Ammoniakfabriken größere Leistungen erzielen und der Landwirtschaft helfen, soll mit nur 70 Prozent den Boden voll auszunutzen.

Die schnellste Durchführung des Achtstundentages hemmt den Wirtschaftsleben und dabei das Hinderuis zu einer Besserung. Dem nicht nur monatlich, sondern beinahe alle 14 Tage herauftretenden Verlangen zur Erhöhung der Löhne und Gehälter ist noch nicht in einem einzigen Falle das freiwillige Angebot zur Mehrarbeit beigefügt worden. Kein Wunder, daß die Fabrikleitungen nicht gewillt sind, dem alle tausend Entrichtungen Erhöhungen der Gehälter und Löhne rufen sofort eine weitere Verteuerung der Lebensverhältnisse und damit eine Verschlechterung der Mark hervor. Die Reichsregierung hat so auch schon mehrfach das Volk zur Mehrarbeit aufgefordert; sie hat bis jetzt aber noch keine Schritte zur Beteiligung der schnellsten Durchführung des Achtstundentages unternommen. Die Zeit wird kommen, wo der Hunger uns zu dieser Mehrarbeit zwingen wird.

Für das Wohl des ganzen Volkes wäre es richtiger, wenn man es bis zu diesem Zeitpunkt nicht kommen ließe. Nach den zugekommenen Nachrichten werden in England in vielen Fällen zum Zwecke der Verringerung der Selbstkosten Verhandlungen zwecks Wiedereinführung des längeren Arbeitstages geführt. Die englische Regierung hat sich für die Notwendigkeit der Rückkehr zum Achtzigarbeits-System übergeng haben und in ausführlichen Verhandlungen mit den Arbeitnehmern stehen, um die bisherigen 3-Achtstundenschichten aufzuheben und in den Wochenschen zu dem 2-Arbeitsschichtensystem zurückzukehren. Auch in Frankreich werden Verhandlungen geführt wegen längerer Arbeitszeiten.

Es ist selbstverständlich, daß ich unter den vorgeschilderten Umständen nur mit großer Sorge in das neue Geschäftsjahr hineinblicken kann. Zurzeit ist die Kohlen- und Eisenindustrie noch vollauf beschäftigt. Das Ausland ist noch aufnahmefähig. Die neutralen Länder leiden zwar auch durch die Folgen des Krieges, der Handel und Verkehr liegt dort sehr darnieder und alle Betriebe sind eingeschränkt. Das überseeische Geschäft ist aber noch recht lebhaft. Aus Indien, China und Japan, auch aus Argentinien und Brasilien, kommen tausend Aufträge herein. Auch England ist fähig unter den Bestellern. Es ist heute überhaupt noch mehr Arbeit vorhanden als geleistet werden kann, wobei aber nicht übersehen werden darf, daß die meisten Betriebe aus Mangel an Kohlen und Koks nur mit großer Einschränkung arbeiten können. Immer stärker macht sich im Ausland die Konkurrenz von Belgien und Frankreich bemerkbar, deren Industrien durch Export- und Frachtsubventionen verständnisvolle Unterstützung haben, während unsere Werke durch Ausfuhr-Uebermachungen und Abgaben stark belastet sind. Im Inland herrscht auch noch starke Nachfrage, besonders nach Stabeisen, Draht, Mittel- und Feinblechen. Schwere Bleche sind weniger begehrt wegen des Niedergangs der Schiffsbauung auf den Werften. Bei den Maschinenfabriken macht sich ein starkes Zurückgehen der Inlandsaufträge bemerkbar.

Viele der Wirtschaftsbetriebe werden durch die durchaus notwendigen Erneuerungen stark in Anspruch genommen. Die Geldentwertung hat hier so stark eingewirkt, daß, um ein Beispiel anzuführen, allein die Erneuerung der Koksöfen im Bergbau, welche alle acht bis zehn Jahre vorgenommen werden muß, so große Summen erfordert, daß zur Amortisation derselben monatlich 1000 Mark per Tonne gerechnet werden müssen. Aehnliches, vielleicht noch schlimmere Zustände liegen bei den Walzwerken vor.

Wenn ich zusammenfassen darf, so komme ich leider zu der Ueberzeugung, daß die Preiserhöhungen, und damit zusammenhängend die Geldentspannung, das Ende noch nicht erreicht haben.

Der Bankerott geht um

Sparmaßnahmen in den gemeinnützigen Betrieben

In Berlin wurde der Preis für eine Straßenbahnfahrt auf 20 Mark erhöht. Der Magistrat erklärte, daß, wenn die Stadtverordneten die Erhöhung nicht schleunigst beschließen werden, dann werde der Magistrat dies tun, ohne sie. Die SPD., die eben ohne jede Komödie den „Wiederaufbau" forcieren will, war mit dem Vorgehen des Magistrats natürlich vollständig einverstanden. Ihre Parole lautet: Die Einnahmen müssen mit den Ausgaben in Einklang gebracht werden. Es braucht wohl nicht weiter erwähnt zu werden, daß die KPD. ein großes Geschrei inszenierte, daß der Kapitalismus so kapitalistisch ist, und so ungerecht.

Auch eine weitere Erhöhung des Preises für elektrischen Strom steht bevor, der jetzt schon 28 Mark pro Kilowattstunde beträgt. Der Gaspreis, der 22,50 Mark kostet, muß natürlich auch Schritt halten. Man nennt dies „Reform" der städtischen Werke. Der Kämmerer, Dr. Kurding, teilte mit, daß im letzten Jahre etwa 2000 Bürohilfsarbeiter und 4000 Arbeiter entlassen worden sind, aber diese „Sparsamkeitsmaßregel" scheint zu gering, wenn man beachtet, was in den „Sachverständigengutachten" über die städtischen Werke steht.

In dem „Gutachten" bezüglich der Elektrizitätswerke z. B. heißt es: „Es dürfte einzig dastehen, daß das Steinkohlenkraftwerk in Moabit bei einer Jahreserzeugung von 120 Millionen Kilowattstunden 610 Arbeiter und Angestellte beschäftigt; etwa die Hälfte müßte einerlehen." (!) Bei den Gaswerken sind nach der Meinung der „Sachverständigen" etwa 25 Prozent Arbeiter und Angestellte zu viel beschäftigt.

Die „Sparsamkeitsmaßnahmen" haben natürlich ihre Logik auch da wo sie die Stadtväter nicht haben. Sie führen ganz automatisch zur Stillegung der Betriebe. Damit verbunden ist natürlich eine fiete Einschränkung der „überflüssigen" Arbeiter, und die Werke werden, wie das schon in anderen Städten, z. B. in Münster, geschehen, einfach verkauft. Ueberflüssig sind natürlich nicht die Schmarotzer, die das Proletariat zu verbrennen haben. Die Proletarier, die bald die Gasprese nicht mehr aufbringen können, um sich ihre Kaffeesperre zu wärmen, können dann nachdenken, in welcher „fortschrittlichen" Zeit sie leben, und ob sie die Dinge nicht bald ändern wollen.

27,3 Milliarden neue Reichsbanknoten

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 7. Oktober ist der Banknotenumlauf um 27,3 auf 344,2 Milliarden gestiegen. Der Umlauf an Schatzanweisungen stieg um 26,8 Millionen auf 14 Milliarden Mark. Während der Bestand von Schatzanweisungen infolge eines verfassten Ankaufs um 4,2 Milliarden zurückging, nahmen die Gesetzmittel um 3,8 Milliarden Mark zu.

Die Banknotenvermehrung der letzten Woche übertrifft sogar die bisherige Rekordhöhe der letzten September-Woche. Die Banknotenausgabe beträgt vorläufig 4,5 Milliarden; bekanntlich soll sie aber noch weiter auf 6 Milliarden täglich erhöht werden.

Diese Vermehrung hält jedoch mit der Entwertung der Mark, von der die Industrie lebt, lange nicht Schritt, ganz davon abgesehen, daß die Vermehrung selbst wiederum einen Faktor zur Entwertung bildet. Die Grenze ist gegeben an den österreichischen Zuständen, die sehr wohl zeigen, daß letzten Endes das Proletariat sich entscheiden muß: ob Leben oder Tod.

Der Dollar steht zum Aerger der Regierung auf?

Russisch-amerikanisches Petroleumabkommen

Dan, der Präsident der International Barnsdall Corporation, der großen amerikanischen Petroleumtrust, ist auf der Rückreise aus Moskau in Berlin eingetroffen. Er erklärte einem Vertreter der „Chicago Tribune": „Amerika wird die Ausbeutung des großen Petroleumvorkommens im Kaukasus für 15 Jahre beherrschen als das Ergebnis meines Vertrages mit der Sowjetregierung. Der Vertrag bezieht sich nur allein auf die russischen Petroleumvorkommen, die noch niemals ausgebeutet worden sind, die aber 60 Prozent des gesamten Petroleumgebietes in diesem Lande umfassen. Ich hätte den Vertrag nicht geschlossen, wenn er sich auf das frühere Eigentum der Standard Oil, Royal Dutch, Nobel und anderer Firmen bezogen hätte, das inzwischen sozialisiert ist. Ich hoffe, daß der Barnsdall-Vertrag auch für diese Gruppen den Weg zu einer Verständigung mit der Sowjetregierung eröffnen wird." Dan ist der Meinung, daß auch die amerikanische Regierung gegen seinen Vertrag mit der Sowjetmacht keine Einwendungen erheben wird, und daß seine Firma binnen 5 Monaten bereits Petroleum in bem Kaukasusgebiet fördern wird.

Dieser Meldung gibt die „Rote Fahne" die Ueberschrift: „Amerikanische Petroleumkonzessionen an Rußland", und dazu gehört natürlich auch der fällige „Sieg". Dieses trampfhafte Bemühen, allen auf den Kopf zu stellen, ist schon zu einer Gewohnheit der KPD. geworden. Allerdings ohne jeder Originalität.

Steigerung der Lebenshaltungskosten

In der Woche vom 10. bis 16. Oktober 1922 betrugen die zum Leben notwendigen Mindestausgaben eines Ehepaares mit zwei schulpflichtigen Kindern

für Nahrung	6 164,51 Mark
für Kleidung, Wohnung, Beleuchtung, Heizgeld usw.	4 299,30 „
für 8 Prozent Steuern	887,10 „
zusammen	11 350,91 Mark

Das ist eine Steigerung gegen die Vorwoche um über 1000 Mk. Gegen die Vorkriegszeit betrug die Steigerung der Lebenshaltungskosten einer Arbeiterfamilie das 345fache.

Gemessen am proletarischen Existenzminimum für Groß-Berlin ist die Mark nur noch 0,29 Pfennig wert.

Mitteilungen

An die Ortsgruppen und Bezirksleitungen im Reich

Die Berliner Organisation ersucht alle Mängel in bezug auf Belieferung von Zeitungen, Broschüren, Versag usw. an Genossen Arthur Michaelis, Berlin-Weißensee, Parkstraße 6 bei Neumann, 1 Treppe rechts, zu richten.

6. Bezirk. Freitag, den 20. Oktober: Mitgliederversammlung. Erscheinen der Mitglieder ist Pflicht.

Die Bezirksführer.

4. und 15. Bezirk. Freitag, den 20. Oktober: Bezirks-Mitgliederversammlung, Triftstraße Schulaula.

Donnerstag, abends 6 Uhr, Arbeiter-Aufschußsitzung, Schule Gipsstraße.

Alle Referenten und Diskussionsredner

Sonnabend, den 21. Oktober,

Gipsstraße.

Alle Bezirke müssen ihre in Frage kommenden Genossen entsenden.

Der Obmann.

Quittung der KAUA.

Fa. Schebera Nr. 3530 à 200 Fa. Roto-Werke Nr. 4169 à 810, Berl. Prin.-Tel.-Gef. Nr. 4144 à 265, 81. Berlsst. Kons.-Gen. à 100, Frankfurt a. M., Umlage, à 900, Sommerbg. Umlage, à 100.

Der geschäftsführende Ausschuß.

Achtung!

Die Genossen von Spandau, die sich noch nicht vor zur KAPD. und KAU. bekennen, werden aufgefordert, sich an folgende Adresse zu wenden: Arthur Michaelis, Berlin-Weißensee, Parkstraße 6 bei Neumann, 1 Treppe rechts.

Versammlungskalender für Groß-Berlin

1.—7. Oktober: Partei-Abteilungsversammlung. — 8.—14. Oktober: BO.-Funktionärversammlung. — 15.—21. Oktober: Partei-Bezirks-Mitgliederversammlung. — 22.—28. Oktober: BO.-Bezirks-Mitgliederversammlung. 29. Oktober bis 4. November: Partei-Abteilungsversammlung. — 5.—11. November: BO.-Funktionärsversammlung. — 12.—18. November: Partei-Bezirks-Mitgliederversammlung. — 19.—25. November: BO.-Bezirks-Mitgliederversammlung. — 26. November bis 2. Dezember: Partei-Abteilungsversammlung. — 3.—9. Dezember: BO.-Funktionärsversammlung. — 10.—16. Dezember: Partei-Bezirks-Mitgliederversammlung. — 17.—23. Dezember: BO.-Bezirks-Mitgliederversammlung. — 24. bis 29. Dezember Frei-Woche.

Rote Jugend Nr. 9/10

Kampforgan der Kommunistischen Arbeiter-Jugend

Soeben erschienen.

Aus dem Inhalt: Schluß die Reihen. — Von unserer Reichskonferenz. — Zur KJ. und KJI. — An die „Kommunistische Jugend". — An die Mitglieder der KAPD. und KAU. — Von Heidelberg bis Nürnberg; und viele andere Artikel.

Gut ausgestattete Doppelnummer in Zweifarbendruck.

Preis vorläufig/Mk 20 Mark.

Genossen! Diese Nummer entspricht für jeden Genossen der KAPD. sowie KAU. hochwichtiges Material.

Bestellet die „Rote Jugend" in Massen.

Zu beziehen durch sämtliche Gruppen der KAPD. sowie durch den Verlag „Rote Jugend", Berlin NO. 18, Landsberger Straße 6.

An unsere Leser und Abonnenten!

Wir mußten wiederum mitten im Monat eine vierzigprozentige Preiserhöhung über uns ergehen lassen, ohne daß wir hierfür eine Deckung haben. Bei den sich überstürzenden Preisverhältnissen ist es eine Unmöglichkeit, den Preis der „AAZ." im Voraus so zu kalkulieren, daß diese Erhöhung mit eingerechnet werden könnte, da sonst der Preis mit einem Schlage ein zu hoher würde. Jedoch, daß dadurch entstehende Manko muß ausgeglichen werden, sollen die Schwierigkeiten nicht unüberwindlich werden.

Die „AAZ." führt daher dauernd einen schweren Kampf um ihre Existenz. Tausende von Zeitungen sind der Stinnesdiktatur bereits zum Opfer gefallen. Daß es das Kapital gerade auf die revolutionäre Presse abgesehen hat, bedarf wohl keiner besonderen Erwähnung.

Wir haben bisher noch gehalten mit guten und schlechten Verhältnissen. Wir trugen gemeinsam mit gutem und schlechtem Geld! Wir wissen sehr wohl, daß die Not auch vor den Reihen des revolutionären Proletariats keinen Halt macht. Jedoch hier steht alles auf dem Spiel!

Die Hamburger Genossen haben, wie wir schon wiederholt mitteilten, einen Vertrieb von politischen Postkarten ohne jur Unterstützung ins Leben gerufen, jedoch ein nennenswertes Resultat ist bis jetzt noch nicht zu verzeichnen.

Wir appellieren daher an unsere Mitleser, schnell und gründlich zu handeln! Es darf nicht sein, daß die Erscheinung der „AAZ." eine Unterbrechung erfährt. Ko ohne waren wir nötiger als gerade jetzt. Nehmt überall sofort Stellung und unterstützt die „AAZ." in ihrem Existenzkampfe!

Sammelt für den Pressefonds!

Verantwortlicher Redakteur: Arthur Biers, Neukölln. — Verlag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. Inhaber: Emil Stubert, Charlottenburg. — Druck: Buch- und Kunstdruckerei, Berlin S. 42, Dresdenstr. 160.

3. Jahrg. Nr. 77. Preis 10,— M.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg.

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Berliner Bezirksorganisationen, im Straßenhandel und durch den Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6

Redaktion u. Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Straße 6 Geöffnet täglich von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags Postscheckkonto für Berlin: Berlin NW 7, Nr. 400 29

Abonnementspreis für Groß-Berlin 90 Mark monatlich. — Versand durch die Post innerhalb Deutschlands 120,— M. monatlich, nach dem Ausland 180,— M. monatlich.

Produktionskontrolle und Arbeiterregierung?

Durch den jeweiligen Stand der Kampagne sind die eigentlichen Parolen etwas in den Hintergrund geraten. Die Kraftgestalten der „Roten Fahne" trompeten vielmehr in die Welt hinaus: „Der Vorsitzende der Betriebsräte verhaftet." In Wirklichkeit ist z. B. Börner gerade eine Stunde auf dem Polizeipräsidium gewesen, um seine Unschuld zu beweisen, und während sich die Gemüter über die Verhaftung der Redaktion der „Roten Fahne" erhitzen, schreibt Thalheimer schon wieder den größten Unsinn. Im Reichstag ist ein ganzer Haufen von Betriebsräten, die sich von dem Berliner Polizeipräsidenten ausluchen lassen und sich pflichtgemäß aufregen. Die Funktionäre der KPD., die jeden Tag die „maßgebenden Stellen" belagern, betonen auf das entschiedenste, daß die „Aktion" am Zirkus Busch eine Aktion „zum Schutze der Republik" war, und nicht gegen die Republik als solche. In allen „hohen Häusern" werden große Reden geschwungen und die Redenden bejaht. Und mit diesem „Stoff" beschäftigte sich auch die letzte „Betriebsversammlung", und kam dann zu dem Entschluß, „nun gerade" „die Aktion" fortzusetzen, und überall „Kontrollausschüsse" zu wählen, die gemeinsam mit der Schupo den „Kampf gegen die Teuerung" zu führen haben. Man hat den „Reichsbetriebsrätekongreß" für am 4. November einberufen, um die „Vorarbeiten" richtig zu erledigen, und zum Schluß die Bitte ausgesprochen, die Gewerkschaften möchten doch selbst einen Betriebsrätekongreß einberufen; dann wolle man zurückreten.

Wir haben über den Ringkampf am Zirkus Busch in der vorigen Nummer unsere Meinung Ausdruck gegeben und ausgesprochen, daß dies ein ganz gedankenloses Manöver der KPD. war, soweit es sich im Ernst um die Betreibung der Hakenkreuzler handeln sollte. Denn, wenn man irgend etwas unternehmen will, und man bricht sofort in ein großes Geschrei aus, wenn ein paar Verhaftungen vorkommen, so soll man die Finger ruhig davon lassen. Doch dürfte bei denkenden Proletariern gar kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß die KPD. hier weiter nichts wollte, als wieder einmal einen politischen Reisenangboden für ihre weitere „Aktion" zu finden. Unter dem Gebrüll über die konterrevolutionäre BSPD. wird der Betriebsrätekongreß am vier Wochen vertagt. Man hat etwas anderes gefunden, wovon man eine Zeitlang jeden Tag „Aktionen" ausarbeiten kann. Tatsächlich werden sich die dahin Arbeitslosenkrawalle oder Arbeiterkrawalle ergeben in größerem Umfange einstellen. Darüber läßt sich auch viel schreiben und reden, und die Hauptsache ist, daß das Geschäft blüht. Unter dem Druck dieser kommenden Ereignisse, so spekuliert man, wird dann die Gewerkschaftsbürokratie den Betriebsrätekongreß schließlich selbst in die Hände nehmen. Wenn nicht, so wird der Betriebsrätekongreß selbst seinen gewerkschafts- und staatserhaltenden Charakter so zu betonen wissen, daß ein Anlaß zum Konflikt mit den Gewerkschaften nicht gegeben ist. Man wird dort toben wie ein altes hysterisches Weib, und im Prinzip seine Solidarität mit Schupo, Gewerkschaften und Demokratie erneut zum Ausdruck bringen. Aber es gilt in der Hauptsache, die einzelnen Posten der politischen Konjunkturen gut einzuteilen und ausgeschlachten — Geschäft ist Geschäft.

Es gibt oben der Marxisten so mancherlei. Die besten Marxisten hat sich das Kapital gekauft. Wenn z. B. Lenisch erklärt: die Verhältnisse werden die BSPD. und Gewerkschaften zwingen, die Wiederaufbaupolitik des Stinnes mit allen ihren verheerenden Wirkungen für das Proletariat zu schlucken, so hat er insofern recht; daß eben im anderen Falle das Proletariat die Kapitalistenherrschaft überhaupt stürzen müßte. Er glaubt an das zweite nicht und sagt ganz mit Recht, daß es dann eben nur das Gegenteil geben kann. Gewiß wird nach manche Empörung niederzuschlagen sein; aber es wird gehen. Denn zur Durchführung der proletarischen Revolution ist sich für diese Gruppen der Weg zu einer Verständigung mit der Sowjetregierung eröffnen wird." Das ist der Meinung, daß auch die amerikanische Regierung gegen seinen Vertrag mit der Sowjetmacht keine Einwendungen erheben wird, und daß seine Firma binnen 5 Monaten bereits Petroleum in dem Kaukasusgebiet fördern wird.

Dieser Meldung gibt die „Rote Fahne" die Ueberschrift: „Amerikanische Petroleumkonzessionen an Rußland", und dazu gehört natürlich auch der fällige „Sieg". Dieses trampfhafte Bemühen, allen auf den Kopf zu stellen, ist schon zu einer Gewohnheit der KPD. geworden. Allerdings ohne jeder Originalität.

Schnelligkeit, die Ausstattung des Produktionsprozesses. Nach welchem Gesichtspunkt handelt sie dabei? Nach dem Gesichtspunkt des Profits. Soll Produktionskontrolle heißen, daß die Arbeiter hübsch aufpassen, daß die Kapitalisten sich auch ja immer genau nach dem Gesichtspunkt des Profits richten? Die Gewerkschaften fassen es so auf, und schließlich muß jeder, denn es auf „Hebung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse" innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft ankommt, die Sache so auffassen. Denn wo kein Profit ist, da raucht — im Kapitalismus — kein Schornstein, und wo kein Schornstein raucht, da kann es keine höhere Lebenshaltung der Arbeiterklasse geben. Und wenn man die Sache so auffaßt, dann handelt es sich nur darum: den Kapitalisten klar zu machen, daß die klug daran tun, ihre Profitinteressen nicht nur auf den Augenblick, sondern auf weite Sicht einzustellen, daß sie klug daran tun, die Arbeiterklasse kaufkräftig zu halten. Wie ja bekanntlich Stinnes, und zwar aus Klugheit, einer der bestbezahlenden Arbeitgeber ist.

So aufgefaßt, ist die Parole der „Produktionskontrolle" eine scheinrevolutionäre Parole, eine demagogische Parole der großkapitalistisch-industriellen Konterrevolution.

Aber die Arbeiter, die diese Parole der KPD. auffangen und zu der ihrigen machen, verstehen darunter freilich etwas anderes. Sie werden uns antworten, daß sie ja nicht die Einhaltung des Profitgesichtspunktes kontrollieren wollen, sondern — Ja, was sie sonst kontrollieren wollen, wissen sie selbst nicht. Gibt es einen anderen Gesichtspunkt für die Leitung des Produktionsprozesses im Kapitalismus als den Gesichtspunkt des Profits? Nein. Wenn also die Arbeiter die Produktion kontrollieren und dabei nicht für die Erhaltung des Kapitalismus arbeiten wollen, so müßten sie denen, die die Produktion leiten, andere Gesichtspunkte, Arbeitergesichtspunkte, Gesichtspunkte der Umstellung in die Bedarfswirtschaft vorschreiben; und müßten kontrollieren, ob diese Gesichtspunkte eingehalten werden. Und sie müßten die Macht haben, die Beseitigung der Arbeiterregels der Produktionsleitung gegen den Widerstand der Kapitalisten zu erzwingen. Kontrolle ohne Macht ist eine Komödie, eine Lächerlichkeit, ein Nichts.

Ein erschütternder Verrat am Proletariat. Der Kampfkraft vernichtet, und so zwangsläufig die Produktion immer mehr einschränken muß, er ruft in der Stunde der höchsten Krise die Betriebsräte einzusetzen, damit sie sich übergeben können, daß nur durch die fortschreitende Herabsetzung des Reallohnes die deutsche Wirtschaft konkurrenzfähig bleibt. Es wird den Kapitalisten ein Leichtes sein, nachzuweisen, daß Absatzstockung nur verhütet werden kann durch verschärfte Ausbeutung, durch längere Arbeitszeit. Die Parole „Kontrolle der Produktion" bedeutet, daß das Proletariat die Verantwortung für die kapitalistische Produktion auf sich nehmen soll, um durch unerhörte Lasten dieselbe zu erhalten. Und die KPD. meint das so! Diese Politik läuft darauf hinaus, im Interesse Rußlands und dessen Bedarf an Maschinen den kapitalistischen Zusammenbruch zu verhüten. Wir hören schon die Entrüstungsrufe der Herren Betriebsräte, die von „Verrätern zu sein; wir sagen dies auch gar nicht. Wir glauben vielmehr, daß die Herren Betriebsräte in ihrer Mehrzahl tatsächlich noch so dumm sind und gar nicht wissen, was sie wollen.

Der Zweck der 3. Internationale ist: im Proletariat nicht nur die kleinbürgerlichen Illusionen zu erhalten, sondern immer noch eine Illusion zu erzeugen, um die Massen niederzuhalten, und im Stadium des Zusammenbruches durch eine „Arbeiterregierung" und durch die „Produktionskontrolle" das Proletariat vor einer wirklichen Revolution zurückzuhalten. Die Stellung Rußlands zu allen kapitalistischen Staaten beweist, daß nicht Revolution, sondern der kapitalistische Wiederaufbau das Ziel der 3. Internationale ist. Ihre Parole: Hinein in die Gewerkschaften, ist wirklich charakteristisch genug. Unerhörte Opfer und ein Wüten gegen die eigene Klasse wird die Folge sein, wenn die Arbeiterklasse sich nicht rechtzeitig von diesem Schwindel befreit. Denn auch die Arbeiterklasse kann selbst bei den größten Opfern den kapitalistischen Zusammenbruch nicht aufhalten.

Die Proletarier brauchen sich wirklich nicht erst durch eine „Kontrolle", deren Grenzen durch eine „Arbeiterregierung" und die dazu gehörende Leibgarde — das Liebesmenschen um die Schupo besagt genug — festgelegt werden, überzeugen, daß es, wenn es das Kapital nicht stürzt, verhungern muß. Die dies noch nicht wissen sollten, die werden es in kurzer Zeit erfahren. Die Parole lautet: Eroberung der Produktion durch die Diktatur des Proletariats!

Stabilisierung der Mark

Die neue Marktkatastrophe hat eine ungeheure Flut von Vorschlägen zur Befestigung der Mark hervorgerufen. Vorläufig interessieren nur die Mittel, welche von der deutschen Regierung zur Stabilisierung angewendet werden, da von dieser Seite allein die Mittel flüssig gemacht werden können. Es ist die Frage, inwieweit die Regierung in der Lage ist, die von ihr geplanten Aktionen in die Tat umzusetzen. Dies hängt wiederum davon ab, in welchem Maße das deutsche Kapital überhaupt an dem Regierungsprogramm interessiert ist. Dies zeigt sich am klarsten aus der Entwicklung der letzten Monate. Am 6. September 1920 stand der Dollar noch auf 1248. Anfang Oktober stieg er auf zirka 2400 und spielt jetzt um 3500. Gleichzeitig hat eine ungeheure Vermehrung der schwebenden Schuld eingesetzt, allein 89 Milliarden in den letzten Septembertagen. Der Sturz der Mark war diesmal nicht durch das Ausland, sondern durch das deutsche Kapital selbst herbeigeführt. Bisher hieß es immer, daß der Druck auf die Mark auf die Reparationsforderungen zurückzuführen seien. Seit dem Moratorium kann dieser Grund nicht mehr angeführt werden. Es hat sich jetzt zur Evidenz herausgestellt, daß die Existenz der deutschen Wirtschaft auf dem stetigen Fallen der Mark und den dadurch hervorgerufenen Konjunkturen herrscht. Das Kapital hat alles versuchen, die sich auf eine Stabilisierung der Mark richteten, den heftigsten Widerstand entgegengesetzt. Die Reichsbank hat zur Stützung des Kurses fast ihren gesamten Bestand an ausländischen Devisen auf dem Markt geworfen. Der einzige Erfolg war, daß das Kapital diese Devisenbestände an sich zog und damit die weitere Marktflucht ermöglichte. Die auf diese Weise dem Markt zugeführten Devisen dienten nur weiteren Spekulationszwecken, soweit sie nicht vom Industriekapital bewußt zum Sturz des heute noch formell herrschenden Finanzkapitals verwendet wurden. Stinnes hat schon seit Monaten jede Stabilisierung der Mark als unduchführbar bezeichnet. Er hat darauf hingewiesen, daß diese mit einer enormen Arbeitslosigkeit Hand in Hand ginge, daß damit die deutsche Ware vom Weltmarkt verschwinde. Diese Sorge war für ihn, den Vertreter des deutschen Industriekapitals, absolut nicht ausschlaggebend, wenn er auch nicht die darin liegenden revolutionären Möglichkeiten unterschätzte. Es kam vielmehr für ihn darauf an, daß dadurch die Möglichkeit einer schnellen Einreihung in eine höher valutarische Wirtschaft vergeben werden könnte. Er war sich bewußt, daß jede Marktentwertung die Frage der deutschen Wirtschaft sich als ein immer dringenderes Problem dem internationalen Kapital aufdrängen würde. Er hat die Zwangslaufigkeit der Entwicklung dadurch gefördert, daß er sich für eine Einbeziehung in die französische Wirtschaft entschieb. Damit ist die künftige Entwicklungslinie der deutschen Mark festgelegt. Wann die Mark als Währung formell außer Kraft gesetzt wird, hängt von dem Tempo der Durchführung des Ausverkaufs Deutschlands ab. Unter Deutschland ist dabei das Wirtschaftsgebiet mit Ausnahme von Rheinland-Westfalen zu verstehen, daß die Saugpumpe für das französische Kapital bildet. Schon aus diesem Interesse des Kapitals kann man schließen, daß die Kursfestungenungen zur Festigung der Mark vergeblich sein müssen.

Trotzdem sollen die von der Regierung getroffenen Maßregeln auf ihre Wirksamkeit hin untersucht werden. Die treibende Kraft ist die SPD.; sie entwickelt seit Anfang des Monats eine ungeheure Propaganda für die Stützung der Mark. Es ist schon in der letzten Nummer unter „Volkgen der verbrecherischen Erfüllungspolitik" dargelegt, daß die SPD. unlöslich mit der Selbstständigkeit der Kapitalpolitik verbunden ist. Es vernehmen sich daher auch die nationalen Töne im „Vorwärts". Es wird versucht, die USPD. zum Sammelbecken der nationalen Republikaner zu machen. Man sucht noch die letzten Reserven aus den aufgespeicherten Kapital für das Ausleben des Dudelsacks, der sich Republik nennt, wohl zu machen.

Der Eulenschreie Eberts, die Devisen-Notverordnung, hat den weiteren Sturz der Mark nicht aufhalten können und schreit deshalb weiter nach einem wertbeständigen Goldpapier und nach dem „toten Gold". Herr Hilferding hat jetzt die Rettung der kapitalistischen Wirtschaft als Spezialist übernommen. Er ist ein Rathenau, nur in kleinerem Format. Rathenau versuchte von innen heraus durch höhere Wirtschaftsorganisationen, die deutsche Wirtschaft zu konsolidieren, während Hilferding nur nach das weitere Fortmuseln organisie

Auf diese Weise soll der deutschen Wirtschaft, ein ihr bisher vorenthaltenes Betriebskapital zugeführt werden. Dadurch wird noch der letzte Rest von staatlicher Unabhängigkeit gegenüber dem Kapital aufgegeben, der eiserne Fonds in Angriff genommen, für eine blühende Wirtschaft ist ein Dollarrentenkapital, für eine zusammenbrechende Wirtschaft letzter Rettungsanker. Die Kreditnot des Kapitals soll durch diese Maßnahme behoben werden, mit anderen Worten, es sollen dem Kapital noch weitere Goldwerte, für die es Papiermark bezahlt, zugeführt werden. In Papiermark 20 Mrd. Gold gleich 800 Mark gerechnet, beträgt dieses Geschenk der Sachsengruppe für die Kleinigkeit von 325 Papiermilliarden. Dabei ist der mit diesem Geld zu erzielende Verdienst noch gar nicht einbegogen. Hilferding gibt selber an, daß die Industrie heute 8—10 Prozent monatlich, d. h. 96—120 Prozent jährlich Zinsen für Kredite zahlt. Da das Reich nicht wuchern kann, und die großen Unternehmer als Hauptabnehmer allein in Frage kommen, so kann man sich ausrechnen, wer den Profit ziehen wird. Das Geld der Industrie und die Papiermark den Proleten, daß ist das Programm der VSPD. Auf diese Weise wird die Papiermark gerettet. Zur Sicherheit erklärt Hilferding auch den Stinnes-Lubersac-Vertrag als Bestandteil der notwendigen Erfüllungspolitik. Mit dem Geld der Reichsbank kann man dann auch die Lieferung von Stinnes begleichen. Man vermeidet so noch die Auslieferung der Staatsbetriebe an das Privatkapital. Die VSPD. glaubt auf diese Weise, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Die Hungersnot wird vertagt, die Staatsbetriebe vor dem gierigen Griff des Privatkapitals gerettet. Besonders das letzte Moment spielt eine Hauptrolle, trotzdem es offiziell nicht erwähnt wird. Das Kapital betämpft bis von der VSPD. vorgeschlagenen Maßregeln sicherlich nicht, es will den Gesichtspunkt der Privatwirtschaftlichkeit. Es will dem Proletariat den letzten Kupfergroschen nicht rauben. Das Geld ist fürs Kapital ein Heiligtum. Man sollte glauben, es würde mit Freuden das angebotene Geschäft machen. Es darf sich aber aus Prestigegründen, nicht zu diesem Profit drängen. Es will es lieber als Geschenk aus der Hand des Volkes entgegennehmen, es sich forgsam aufbrühen lassen. Das Geld ist ihm auch insofern angenehm, als es dadurch weiteres Betriebskapital zur Uebernahme der Staatsbetriebe erhält. Zemerke es dem Staat aufgespeichertes Kapital entzieht, um so weniger tragfähig werden die staatlichen Unternehmungen. Die gesamten Machtmittel, die die Monarchie zur Stütze der staatlichen Macht aufgespeichert hat, gehen auf diese Weise der herrischen Kapitalschicht, der Industrie, zu.

Die VSPD. verlangt weiterhin die Ausgabe einer wertbeständigen Goldanleihe. Dieses Verlangen ist die Grenze des Wahnsinns. Kein Mensch wird dieses Papier kaufen. Erst will man durch Zuführung von Gold der Kreditnot steuern, und dann will man dasselbe Gold durch Auflegung einer Goldanleihe dem Markt wieder entziehen. Man sollte sich doch nicht einreden, daß man auf diese Weise verborgenes Geld herauslocken könnte. Der in Deutschland vorhandene Papiermillionärbesitz befindet sich bis auf einen verschwindenden geringen Betrag im Verkehr. Es käme dabei nur in Frage, ob die im Ausland befindlichen, sehr erheblichen Marktbeträge auf diese Weise herangezogen werden können. „New York Herald" hat berechnet, daß Amerika seit Kriegsausbruch 960 Millionen Dollar in deutschen Mark angelegt hat. Davon sollen heute durch den Marksturz 900 Millionen verloren sein, während der Besitz Englands, nach einer Meldung des „Matin", sich auf 700 Millionen Dollar beziffert. Demnach befindet sich allein in Amerika 120 Milliarden Papiermark. Eine Umwandlung dieser Beträge in Goldmark würde eine weitere Spekulation mit den in Frage kommenden Beträgen unmöglich machen. Es ist aber kaum anzunehmen, daß sich die amerikanischen Gläubiger entschließen, die Mark als Spekulationsobjekt auszuschalten und endgültig die 900 Millionen Dollar abschreiben. Das amerikanische Kapital wird eher dazu übergehen, die Mark durch Streichung der Ententeschulden zu stützen, da ihm auf diese Weise ein doppelter Dank erwächst. Es verpflichtet sich von neuem die Ententestaaten und hilft damit gleichzeitig dem deutschen Kapital. Die Entente hat bekanntlich die Streichung eines Teils der deutschen Reparationsschuld von einem entsprechenden Entgegenkommen Amerikas abhängig gemacht. Die Goldanleihe wird auf diese Weise ein vollkommenes Fiasko erleben, um so mehr, als das deutsche Kapital alles Interesse daran hat, die Anleihe zu sabotieren. Es erhält um so größere Beträge aus dem Goldschatz, je geringer die Zeichnung auf die Anleihe ausfällt.

Hier ist augenblicklich noch die Rede von einer Devaluation der Mark, d. h. es soll eine Neumarkausgabe durchgeführt werden, eine feste aber wertverminderte Parität im Verhältnis zum Golde. Man denkt dabei an das Beispiel von Rußland und Polen, die schon dazu übergegangen sind, den Rubel bzw. die polnische Mark als Goldnotierung auf Grund eines, der Entwertung angepaßten Verhältnisses festzusetzen. Es wird dadurch ein gewisser Zwangskurs einzuführen versucht. Das Gesetz ist nur ein Rechenexempel, das der Sehnsucht nach der Goldmark Rechnung tragen soll, Flittergold.

Die Stabilisierung der Mark ist eine kleinbürgerliche Utopie. Die Maßregeln sind das glänzendste Geschäft für das Kapital, das durch dieses Geschenk sich noch einmal aufblähen kann.

Oeffentl. Volksversammlung

Montag, den 23. August:
Osten: Biesdorfbörse.
Dienstag, den 24. August:
Norden: Pharussäle, Müllerstraße 142.
Moabit: In der Krone, Alt-Moabit 47.
Weißensee: Uestrosal, Lehder- Ecke Greifswalder Straße, Eingang vom Uestrosaal.
Union-Festsäle, Greifswalder Straße 220.
Mittwoch, den 25. August:
Dörings Festsäle, Naunynstraße 27.
Charlottenburg: Schulaula, Guntzelstraße 32.

Thema:
Der wirtschaftliche Zusammenbruch und was bringt dem Proletariat die Kontrolle der Produktion?
Diskussion. Proletarier erscheint in Massen!

Zusammenbruch der 3. Internationale

In den einzelnen Sektionen der 3. Internationale bereiten sich Dinge vor, die die ernsthafteste Aufmerksamkeit des gesamten revolutionären Proletariats verdienen. Dinge, die um so wichtiger sind, als sie zeitlich mit den Zerfallserscheinungen der kapitalistischen Profitwirtschaft zusammentreffen und bei ihrer kapitalistenfreundlichen Tendenz um so einschneidender in die Klassenkampfbewegung eingreifen. Daß die Politik der 3. Internationale mit ihrer Uebergzentralisation und infolge ihrer Verkennung der Verhältnisse in den verschiedenen Ländern über kurz oder lang Schiffbruch erleiden mußte, war für jeden marxistisch geschulten und klar denkenden Arbeiter eine Selbstverständlichkeit. Dazu brauchte er keine große prophetische angehaucht sein. Wenn trotzdem die Gefolgschaft der Moskauer eine 3. Zeitlang beträchtlich geworden war, so lag das zum besten Teil daran, daß sie es meisterhaft verstanden haben, die reichlich vorhandenen Illusionen des Proletariats für ihre Zwecke propagandistisch nutzbar zu machen. Aber eben damit, weil sie geradezu immer in der Luft hängen, schaufelten sie sich gleichzeitig ihr eigenes Grab. Dazu kommt noch die politische Wendung in Rußland. Die kommunistische Partei mußte Schritt für Schritt vor den erwachenden Bauern zurückweichen, und nur um sich noch in der Illusion wiegen zu können, die politische Macht in den Händen behalten zu haben, machten sie eine Konzession nach der anderen. Zuletzt sogar nicht nur dem russischen, sondern auch noch dem ausländischen Kapital. Und nicht genug damit, stellte die Moskauer Regierung sogar den ganzen militärischen Apparat der 3. Internationale in ihren Dienst. Und damit sanken die Mitglieder der kommunistischen Parteien auf genau dieselbe Stufe wie die verräterischen Sozialdemokraten. Sie wurden die Lakaien einer privatkapitalistischen Regierung, und damit stehen sie bewußt oder unbewußt in den Dienst ihrer geschichtlichen Feinde, der ausbeutenden Bourgeoisie.

Es mag richtig sein, daß diese bewußte Erkenntnis den meisten Mitgliedern der kommunistischen Parteien fehlt. Jedoch ist das für ihr Verhalten keineswegs eine Entschuldigung. Andererseits wird aber immer deutlicher sichtbar, daß sich auch hier schon Kräfte regen, denen es ernst ist, um den Drang nach Befreiung. Die nicht jedes Wort ihrer vorgesetzten Parteibücher als Offenbarung hinnehmen, sondern die Tritik prüfen und auf Grund der so gewonnenen Einsicht ihre Handlungen einrichten. Daß ihnen dabei selbstverständlich das Rahmen ihrer Partei zu eng wird, und daß sie gezwungen sind auf Grund ihres Vorwärtsdrängens, diesen Rahmen über kurz oder lang zu sprengen, ist eine natürliche Folge. Die erkenntnismäßige externen läßt, daß immer weitere Kreise Werte sind, die sich mühen, die Revolution vorwärtszutreiben.

Immerhin die 3. Internationale mit ihren Hirtenbriefen die Politik der Kommunistischen Partei Deutschlands beeinflußt hat, ist ja bekannt. In Erinnerung ist noch der Märzputsch und seine verdeckte Einstellung der Partei, die es heute sogar fertig bringt, ganz unverfroren für den Schutz der Republik einzutreten. Die Tatsache, daß sie dies tut, und die es absolut nicht begreifen kann, daß man sie deshalb sogar noch der verschiedensten Verbrechen ausgesetzt. Täglichen Besuche auf dem Polizeipräsidium, wo sie immer wieder aufs Neue betonen, daß es ihnen lediglich um den Schutz der Republik zu tun war, sind direkt widerlich.

Aehnlich die in Deutschland liegen die Dinge aber auch in den verschiedensten anderen Ländern. Es lohnt sich im vorliegenden Zusammenhang das Verhalten der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei zu betrachten. Mit welcher Dummfrechheit und Ahnungslosigkeit dort mit der Bezeichnung Kommunismus Schindluder getrieben wird spottet einfach jeder Beschreibung. Die Parole der Einheitsfront — nebenbei bemerkt werden die Moskauer Parolen für alle Länder immer automatisch gleichzeitig bekanntgegeben, genial und einfach — hat dort eine derartige Verwirrung angerichtet, wie sie überhaupt nur in einer Partei möglich ist, die mit der Parole: „Kamm an die Massen" bedingungslos alles aufnimmt, nur um mit großen Zahlen prunken zu können. Man hat es beispielsweise in verschiedenen Orten für richtig befunden, sich mit der national-sozialen Partei und der christlich-sozialen Gewerkschaftszentrale zu verbinden und gemeinsam ein Blatt herauszugeben, das folgende kindische Sätze enthält: „Die Kapitalisten samt ihren Helfershelfern spielen euch vor, daß ein jeder Kampf für die Sicherung eurer Existenz ein Kampf gegen den Staat ist. Glaubt ihnen nicht, Arbeiter! Wir stehen auf dem Boden dieses Staates und kämpfen nicht gegen den Staat, sondern gegen die Klasse der reichen, unersättlichen Kapitalisten in diesem Staate". Dazu sei noch bemerkt, daß in der reaktionären tschechoslowakischen Regierung Sozialdemokratisch und Nationalsozialisten sitzen.

Wir glauben natürlich nicht, daß dieses Vorgehen einiger Begirte die volle Billigung des Parteivorstandes finden wird. Es muß aber festgestellt werden, daß diese Dinge nun möglich sind, weil die Parteileitung völlig revolutionistisch eingestellt ist. Der „Kamm um ein Stück Brot" wird ohne jedes Ziel, sinnlos bei jeder sich bietenden Gelegenheit in Szene gesetzt und mit den unlautersten Mitteln dem Proletariat schmackhaft zu machen versucht. Marktschreierisch umherziehender Vaganten soll revolutionäre Politik erfehen. Das ganze Treiben der dortigen kommunistischen Partei kann letzten Endes nur dann einen Sinn haben, wenn es zuletzt. Nahjanto, der Führer der Roten erklärte im „Uro Nahjt", daß die Stimmung bezüglich der Deutschen ein Segen wäre, da diese die Sowjets zerstörten und die revolutionäre baltische Flotte erledigen würden. Angesichts des Protestes der Bolksmassen mußte die Regierung ihren Plan, Petrograd zu verlassen, jedoch aufgeben.

Während dieses Lieg, einer von Bilgen durchzuckten Gewittermolke gleich, drohend über Rußland der Kongreß der Sowjets, bekämpft nicht nur von der Regierung, sondern auch bekämpft von allen gemäßigten Sozialisten. Die zentralen Armee- und Marinekomitees, die Zentralkomitees einiger Gewerkschaften, vor allem aber das Altrussische Zentralkomitee der Sowjets selbst, ignorierten keine Mühe, um das Zustandekommen des Kongresses zu verhindern.

Der Telegraph arbeitete, Delegierte wurden im Lande umgeschickt, mit Anweisungen für die Komitees der lokalen Sowjets, für die Armeekomitees, die Wahlen für den Kongreß einzuschieben oder zu verzögern. Feierliche öffentliche Resolutionen gegen den Kongreß wurden gefaßt, Erklärungen, daß die demokratischen Elemente sich der Abhaltung des Kongresses in so unmittelbarer Nähe des Datums der Konstituierenden Versammlung widersetzen; Vertreter der Fronsoldaten, der Verbände der Semstwos, der Bauern, des Verbandes der Kosakenarmeen, des Offizierbundes, der Ritter des Heiligen Georg, der Tschechoslowakischen, alle waren sie vereinigt in einem einzigen großen Protest. Am Tal der Russischen Republik gab es nicht eine Stimme, die sich für den Kongreß einsetzte. Der ganze, von der russischen Märzrevolution geschaffene Apparat funktionierte, um die Abhaltung des Sowjetkongresses unmöglich zu machen.

Demgegenüber stand der vorläufig noch formlose Wille des Proletariats — der Arbeiter, niederen Soldaten und armen Bauern. Diese der lokalen Sowjets waren bereits bolschewistisch; bemüht, die Organisation der industriellen Arbeiter, die Fabrik- und Werkstattkomitees, die revolutionären Armee- und Marinekorganisationen. In einigen Orten hielten die Massen, an der regulären Wahl ihrer Sowjetdelegierten verhindert, Kundgebungen ab, in denen sie aus ihrer Mitte heraus einen Kongreß zusammenriefen, der nach Petrograd zu gehen hatte. In anderen jagten sie die alten Obstruktion treibenden Komitees davonhin und bildeten neue. Die Kruste, die sich an der Oberfläche der seit Monaten sich schwarmenden revolutionären Glut gebildet hatte, tam in Bewegung und begann zu zerbrechen. Nur eine solche spontane Massenbewegung konnte den Altrussischen Sowjetkongreß bringen.

Und die bolschewistischen Redner schleuderten Tag für Tag in allen Kasernen und Fabriken die heftigsten Anklagen gegen die Regierung. Eines Sonntags fuhren mit auf einem, über Tausende von Schienen, mit Hunderten von Dampftraktorabteilungen, an fast bestehenden Fabriken und riesigen Kirchen vorbei, zum Obuchowsky Samod, einer Regierungsmunitionsfabrik, jenseits des Schlüsselburg-Prospekts. (Fortsetzung folgt.)

Oktobertage 1917 in Petersburg

Von J. Reik.

I.

An der tausend Werst weiten Front waren mittlerweile die Millionen Soldaten in Bewegung geraten. Höher und höher gingen die Wogen der Erregung, immer neue Delegationen fluteten nach Petersburg mit dem Ruf: Friede, Friede!

Ich ging eines Abends nach dem jenseits des Flusses gelegenen Modernen Zirkus, um eine der großen Volksversammlungen zu besuchen, die jeden Abend stattfinden, in der ganzen Stadt veranstaltet wurden. In dem kahlen, düsterigen, nur von spärlich angezündeten, an einem dünnen Draht herabhängenden Glühlampen erleuchteten riesigen Amphitheater drängten sich, von der Arena bis ohne unteren Rang, unübersehbare Massen von Soldaten, Matrosen, Arbeitern und Frauen, alle mit gespannter Aufmerksamkeit lauschend, als ob über ihr Sein oder Nichtsein entschieden würde. Ein Soldat von der 864. Division sprach über die Lage: Kaum einer, sagte er in den Saal, — und seine Stimme ging durch die vielfache Menge — die an der Spitze verlangen von uns immer neue Opfer und Opfer, aber wir müssen sehen, daß die, die im Besitze sind, völlig ungeschoren bleiben. Wenn das Land den Bauern gehören soll, die Fabriken den Arbeitern, wenn die Semstwos die Macht ausüben werden, dann werden wir wissen, wofür wir zu kämpfen haben, und dann werden wir auch kämpfen!"

Ueberall, in den Kasernen, in den Fabriken, an jeder Straßenecke fließ man auf die Massen redende Soldaten, alle die Bedrängnis des Krieges fortwährend erklärend, daß die Truppen die Schützengräben zu verlassen und nach Hause zu gehen entschlossen sind, wenn die Regierung keine ernstlichen Anstrengungen machen würde, um zum Frieden zu gelangen. Dazu kamen aus Europa Gerüchte über einen Friedensschluß auf Kosten Rußlands. Die allgemeine Unruhe wuchs und wurde noch gesteigert durch die Nachrichten über die Behandlung der russischen Truppen in Frankreich. Die erste Brigade hatte dort versucht, ihre Offiziere durch Soldatenkomitees zu ersetzen, wie das ihre Kameraden zu Hause getan hatten, und sich gewehrt, einem Befehl Folge zu leisten, der sie nach Saloniki beorderte. Die verlangte nach Rußland befördert zu werden. Man hatte daraufhin die Brigade eingeschlossen und ausgehungert, dann unter Artilleriefeuer genommen, wobei viele Soldaten getötet wurden.

Am 29. Oktober hörte ich in dem weißmarmornen, rotbetörten Saal des Marienskypalastes die von dem nach Frieden verlangenden Lande mit Ungeduld erwartete Erklärung Zereteschenko über die Außenpolitik der Regierung. Diese Rede bestand nichts weniger als die tausend bekannten Phrasen über die Zerschmetterung des deutschen Militarismus mit Hilfe der Alliierten, über das Staatsinteresse Rußlands. Der Schluß war bezeichnend: „Rußland ist mächtig, es wird mächtig bleiben, was immer auch geschehen mag. Wir müssen Rußland verteidigen. Wir müssen siegen, daß wir die Verwirklichung eines großen Ideals sind und Kinder einer großen Nation."

Befriedigt war niemand. — Die tauchte — vorläufig noch in unklaren Umrissen — im Hintergrunde der russischen Politik eine Gefahrzone auf: Die Gefahr der Abtrennung Finnlands, der Donkosaken, von der provisorischen Zarenskiregierung wegen seiner Beteiligung an dem Kornilowaufruhr seines Postens entheben, weigerte sich zu gehen, und von drei riesigen Armeen umgehen, sogerte er hartgesotten und brachte die Provisorische Regierung zum Stehen, daß die Regierung seiner Gehorsamsverweigerung gegenüber die Augen verschließen mußte. Ja, mehr als das, sie sah sich gezwungen den „Rat des Verbandes der Kosakenarmeen" anzuerkennen und die neugebildeten Kosakenfestungen der Semstwos für ungesetzlich zu erklären. Das bisherige Rußland begann mit großer Schnelligkeit auseinanderzufallen. In Finnland, in Polen, in der Ukraine und Weißrußland wuchs die nationale Bewegung und wurde immer stärker. Die völlig unter dem Einfluß der Oktobriden Klassen stehenden lokalen Regierungen forderten Autonomie und weigerten sich, den Anordnungen Petersburgs Folge zu leisten. In Helsingfors lehnte der finnische Senat es ab, der provisorischen Regierung Gelb zu zahlen, proklamierte die Selbständigkeit Finnlands und verlangte die Zurückziehung der russischen Truppen. Die bürgerliche Rada in Kiew zog die Grenzen der Ukraine so weit, daß sie die reichsten Agrargebiete Südrußlands, östlich bis zum Ural hin, einschloß, und begann mit der Aufstellung einer eigenen Armee. Die Premier Minister Kerenski beliebte auf einem Sonderfeldzug mit Denikinland hin, und die provisorische Regierung war hilflos. Sibirien, der Kaukasus forderten ihre besonderen Konstituierenden Versammlungen, und in allen diesen Ländern begann ein organisierter Kampf zwischen den Regierungen und den lokalen Sowjets der Arbeiter und Soldaten.

Die Verwirrung wurde mit jedem Tage größer. Die Soldaten desertierten zu Hunderttausenden, und begannen in ungeheuren Massen plünderndes Land zu fluten. Die Bauern begannen das Zambow- und Lustgutsvermögen, das langen Wartens auf das ihnen versprochene Land müde und in Verzweiflung gebracht durch die Gewaltmaßregeln der Regierung, brannten die Gutshäuser nieder und massakrierten die Gutsbesitzer. In Moskau, Odessa und in den Kohlenbergwerken des Don wütete allgemeiner Streik und Aussperrungen. Der Transport war lahmgelegt, die Armee hungerte, und in den großen Städten gab es kein Brot. Die Regierung, hin- und hergerissen zwischen den reaktionären und demokratischen Fraktionen, konnte nichts tun, und wo sie ein griff, geschah es stets im Interesse der besitzenden Klasse. Sie bot die Kosaken auf, um die Bauern zu Raison zu bringen und die Streikts niederzuschießen. Die Reaktion war offenbar darauf aus, die Bolschewiki, die bereits zahlreiche Sitze in den Sowjets, von Riga eine Geschwader mit einem deutschen Geschwader fort. Unter dem Vorwand, daß Petrograd in Gefahr sei, bereitete die Regierung ihre Abreise aus Petrograd vor. Die bürgerliche Presse jubelte. Nahjanto, der Führer der Roten erklärte im „Uro Nahjt", daß die Stimmung bezüglich der Deutschen ein Segen wäre, da diese die Sowjets zerstörten und die revolutionäre baltische Flotte erledigen würden. Angesichts des Protestes der Volksmassen mußte die Regierung ihren Plan, Petrograd zu verlassen, jedoch aufgeben.

Während dieses Lieg, einer von Bilgen durchzuckten Gewittermolke gleich, drohend über Rußland der Kongreß der Sowjets, bekämpft nicht nur von der Regierung, sondern auch bekämpft von allen gemäßigten Sozialisten. Die zentralen Armee- und Marinekomitees, die Zentralkomitees einiger Gewerkschaften, vor allem aber das Altrussische Zentralkomitee der Sowjets selbst, ignorierten keine Mühe, um das Zustandekommen des Kongresses zu verhindern.

Der Telegraph arbeitete, Delegierte wurden im Lande umgeschickt, mit Anweisungen für die Komitees der lokalen Sowjets, für die Armeekomitees, die Wahlen für den Kongreß einzuschieben oder zu verzögern. Feierliche öffentliche Resolutionen gegen den Kongreß wurden gefaßt, Erklärungen, daß die demokratischen Elemente sich der Abhaltung des Kongresses in so unmittelbarer Nähe des Datums der Konstituierenden Versammlung widersetzen; Vertreter der Fronsoldaten, der Verbände der Semstwos, der Bauern, des Verbandes der Kosakenarmeen, des Offizierbundes, der Ritter des Heiligen Georg, der Tschechoslowakischen, alle waren sie vereinigt in einem einzigen großen Protest. Am Tal der Russischen Republik gab es nicht eine Stimme, die sich für den Kongreß einsetzte. Der ganze, von der russischen Märzrevolution geschaffene Apparat funktionierte, um die Abhaltung des Sowjetkongresses unmöglich zu machen.

Demgegenüber stand der vorläufig noch formlose Wille des Proletariats — der Arbeiter, niederen Soldaten und armen Bauern. Diese der lokalen Sowjets waren bereits bolschewistisch; bemüht, die Organisation der industriellen Arbeiter, die Fabrik- und Werkstattkomitees, die revolutionären Armee- und Marinekorganisationen. In einigen Orten hielten die Massen, an der regulären Wahl ihrer Sowjetdelegierten verhindert, Kundgebungen ab, in denen sie aus ihrer Mitte heraus einen Kongreß zusammenriefen, der nach Petrograd zu gehen hatte. In anderen jagten sie die alten Obstruktion treibenden Komitees davonhin und bildeten neue. Die Kruste, die sich an der Oberfläche der seit Monaten sich schwarmenden revolutionären Glut gebildet hatte, tam in Bewegung und begann zu zerbrechen. Nur eine solche spontane Massenbewegung konnte den Altrussischen Sowjetkongreß bringen.

Und die bolschewistischen Redner schleuderten Tag für Tag in allen Kasernen und Fabriken die heftigsten Anklagen gegen die Regierung. Eines Sonntags fuhren mit auf einem, über Tausende von Schienen, mit Hunderten von Dampftraktorabteilungen, an fast bestehenden Fabriken und riesigen Kirchen vorbei, zum Obuchowsky Samod, einer Regierungsmunitionsfabrik, jenseits des Schlüsselburg-Prospekts. (Fortsetzung folgt.)

Politische Rundschau

Beinahe Reichspräsident

Wenn du denkst der Sumpf hat seine eigenen Blasen verschlungen, kommen schon wieder neue an die Oberfläche. „Parteileitung und Parteirat der Unabhängigen Sozialdemokratie haben beraus hinzielt, daß Proletariat vom letzten Schritt, vom unvermeidbaren Klassenkampf abzuhalten. In dieser Beziehung wirken allerdings die Mitglieder der vorerwähnten Pfeife bedeutend eifriger.

Die kommunistische Partei hat es auch fertiggebracht und rechnet es sich noch als ein besonderes Verdienst an, daß es den Renegaten Gest, der dort kürzlich im Auftrage der VSPD. sprechen sollte, überall zum Reden zu verhindern wußte. Man mag über die VSPD. im allgemeinen und über Gest im besonderen denken was man will, jedenfalls geht so viel fest, daß sie in ihrer Politik insofern eine gewisse Ehrlichkeit aufweisen, als sie es dem Proletariat ganz unverblümt sagen, ihr müßt im Interesse der Weitererhaltung des Kapitals hungern usw. Ausgerechnet diese verlogene Konjunkturpolitiker, die überhaupt keine politische Gesinnung mehr kennen, die im Interesse der kapitalistischen Wirtschaftsfrise hüben hin- und herschaukeln, machen sich an, über andere zu Gericht zu sitzen.

Aus diesem Sumpf ragt trotzend einsam eine Gruppe bewußter Revolutionäre hervor, die in der Flucht der nichtsagenden Erklärungen eine erfreuliche Ausnahme machen. Sie haben sich in der Erkenntnis, daß die innerhalb der alten Partei nichts mehr zu bessern, daß jeder kleinste Hemmschuh Entsetzens-Arbeit ist, von der Partei getrennt. Sie geben eine eigene Zeitschrift und verschiedene Flugblätter heraus und marschieren selbstbewußt ihre Straße. Es handelt sich um die Genossen des Kreises Großalle, die genau wie wir seinerzeit organisatorisch schon ganz getrennt noch in Opposition zur Mutterpartei leben. Sie haben den Weg konsequent zu Ende gehen wollen, bleibt ihnen nichts weiter übrig, als in Anlehnung an die KPD. eine Kommunistische Arbeiterpartei der Tschechoslowakei zu gründen, und um ihre Fahne alle wahren Revolutionäre zu sammeln.

Nicht viel anders liegen die Dinge in Frankreich. Wenn auch die gröbsten Entstellungen der Meldung des „Vorwärts" über den Zusammenbruch der Kommunistischen Partei Frankreichs in der Form nicht stimmt. Die Führung haben hier wie in der Tschechoslowakei die Zentristen und die ganz Rechten. Das sind im allgemeinen Pazifisten und Antimilitaristen — beide Bewegungen sind in Frankreich viel stärker als in Deutschland vertreten — die lediglich aus einem gewissen Humanitätsgefühl und der Verkennung der Lage heraus zu den Kommunisten gestoßen sind. Sie gehen hier nach wie vor ihren besonderen Passionen nach und leisten absolut keine positive Politik, weder noch der einen noch noch der anderen Seite hin. Sie kommen über den Rahmen engherzig organisatorischer Arbeit nicht hinweg. Den einzigen Stützpunkt für Moskau bilden die sogenannten Linken. Die Linken hat aber insofern einen Haken, als letztere unverkennbare starke Strömungen im Sinne unserer Partei aufweisen, die starke Verkennung bedürfen, aber in ihren Grundzügen doch einmal vorhanden sind. Es ist noch eine Frage der Zeit, ob sich die dortigen Genossen ganz zu unserem Standpunkt durchringen werden. Vielleicht führt der auch dort beginnende Sumpf für sie eine rasche Klärung herbei, die für die Führung des Klassenkampfes, bei der immer mehr an Bedeutung gewinnenden Wirtschaft Frankreichs auf dem internationalen Markt nur zu begrüßen wäre.

Was aus diesen beiden Beispielen ersichtlich ist, trifft auch im großen und ganzen auf alle anderen, der Kommunistischen Internationale angeschlossenen Organisationen zu. In Norwegen erscheint das Zentralorgan der Partei nach wie vor unter dem Titel „Der Sozialdemokrat" und der Inhalt entspricht diesem Titel in jeder Weise. Die Partei ignoriert die Anweisungen von Moskau und arbeitet mobilgemacht nach dem alten Schema weiter. Ob die dortige Partei voraussichtlich gesprengt hat, daß die 3. Internationale doch bald zu den altbewährten Methoden des Arbeiterverrats zurückgreifen wird, kann allerdings von hier aus nicht beurteilt werden.

Ein ziemlich unbeschriebenes Blatt ist die Kommunistische Partei Italien, um so mehr, als erst vor kurzem endgültig der Spaltung der Sozialistischen Partei die Gerartigruppe zu dem Kommunisten übergetreten ist. Da letztere ebenfalls völlig zentristisch eingestellt ist, dürfte die Politik der italienischen kommunistischen Partei ebenfalls mit Kommunismus wenig gemein haben.

Die mit so unendlich viel Hoffnung und Begeisterung gegründete 3. Internationale bietet überall das Bild des Zerfalls. Eine Sache ist nicht gehalten, was sie versprach. Sie wollte sein ein Hanf für die Weltrevolution, ein leuchtendes Ziel. Und verfagte bei der ersten Prüfung. Als sich in Rußland trotz der siegreichen Revolution der Kommunismus nicht durchzusetzen vermochte, da begingen die Träger dieser Internationale den ersten Verrat indem sie dem internationalen Proletariat die Illusion beließen, daß in Rußland die Arbeiterklasse ihre Herrschaft ausübe. Sie fanden nicht den Mut, dagegen anzurennen und der Arbeiterschaft reinen Wein einzuschenken. Das war der erste Schritt. Die anderen mußten notgedrungen folgen. Und heute stehen sie vor einem Trümmerhaufen.

Und dieser Trümmerhaufen ist symbolisch für die ganze internationale Arbeiterbewegung.

Ueberall dasselbe trostlose Bild. Höhnisch grinst die Frage der sich wieder sicher und stark fühlenden Gegenrevolution. Kaum sieht sie irgendwo einen ernsthaften Gegner. Selbst die lautesten Phrasenre, denen die Revolution Brotverwandt und Geschäft bedeutete, sehen sich nach einer lohnenderen Beschäftigung um. Und da sie nun einmal in den Rahmen der Organisation eingespannt sind, was liegt da näher, als innerhalb dieses Rahmens für die Gegenrevolution zu arbeiten. Das ist erklärlich, und wenn man will, natürlich. Aber bitter ist es immer wieder und wieder zu sehen, daß sich das Proletariat von solchen Lumpen nur zu gern betrügen läßt, weil es zu faul ist, selbst über seine Lage nachzudenken, und weil es zu feige ist, sich vorhandener Erkenntnis die richtigen, allerdings schweren Wege zu beschreiten.

Trotz alledem sehen wir nach wie vor unsere vornehmste Aufgabe darin, das Proletariat aufzurütteln, vorwärtszutreiben und ihm zu sagen, daß nicht die Kontrolle der Produktion und nicht die kapitalistisch-sozialistische Demokratie, sondern einzig allein der Klassenkampf, d. h. die Eroberung der Produktion mit der Waffe in der Hand seine trostlose Lage bessern kann.

Für die Opfer der Revolution!

Am Montag, den 6. November 1922, abends 7½ Uhr, findet in den Pharussälen, Müllerstr. 142, eine

Gedächtnisfeier

für die Opfer der Revolution statt. Mitwirkende u. a. Gemischter Chor Groß-Berlins. Rezitationen. Karten a. 20,00 Mk. sind bei den Funktionären zu haben.

KPD., AAU., RJ.

Vom Zentralausschuß der KPD.

Während diese Zeilen geschrieben werden liegt der gesamte Bericht noch nicht vor. Aber der Teil in der „Roten Fahne" vom Donnerstag dürfte schon genügen, die „Starkeit" dieser Partei zu erkennen.

Referenten waren der Sozialdemokrat Brandler und die zukünftige Reichspräsidentin Zetkin. Gesprochen wurde über das „politische Lage" und „Gewerkschaftstaktik".

Die Gewerkschaftstaktik war natürlich „richtig" und diese „Richtigkeit" wird in einer Resolution ausgedrückt. Aus dieser Resolution ergibt sich für einen richtigen KPD.-Mann:

„Die Steigerung der aufklärenden Arbeit in den Gewerkschaften und ihre noch planmäßigere und intensivere Durchführung im Sinne des Jenaer Parteitagsbeschlusses als bisher.

Die Zurückweisung aller Stimmungen, die aus Verdrängung über die geschilderten Methoden der Amsterdamer oder aus revolutionärer Ungeduld wegen zu langsamen Fortschreitens unserer Arbeit mit den Gewerkschaften brechen und neue Organisationen gründen wollen."

Warum sie „richtig" war, sagt am besten Siewert-Chemnitz, er meint:

„Wir brauchen nicht zu fürchten, daß wir nicht wissen werden, was wir beim Eintreten der Spaltung tun sollen."

Wir brauchen also nur brüllen „Hinein in die Gewerkschaften", was denn kommt, ist uns Gottlieb-Schutze. Aber halt: Der Sozialdemokrat Brandler ist nicht etwa anderer Meinung, sondern er drückt sich nur anders aus, und sagt mit folgenden Worten, daß er auch keine Meinung hat:

„Gegenüber Siewert betont Genosse Brandler, daß wir unseren Genossen sagen müssen, wo sie im Falle der durch die Bürokratie betriebenen Gewerkschaftsspaltung zu tun haben. Cottbus übertumpfte sie noch ebenso, wie in der Tschechoslowakei. Wenn ein revolutionärer Verband einmal besteht, so ist es unsere Pflicht, seine Existenz zu verteidigen, ohne in unserem Kampf für die Einheit der Gewerkschaften nachzulassen. Der Chemnitzer Bezirksleiterverband tritt es ab, revolutionäre Minderheiten vom Verplomb-Verband abzusplitten. Die Bürokratie des Landarbeiterverbandes defekt aus den korrupterten (wohl verstanden, dies sagt Brandler) Elementen und wird überhaupt nicht gemacht. Wenn wir die Arbeiter, die aus dem Verband herausgedrängt werden, nicht sammeln, so fallen sie der Indifferenz oder gar den Gelben zum Opfer. — Die Rolen hat einen guten Schritt vorwärts auf dem Wege der Zusammenarbeit mit der revolutionären Gewerkschaftsopposition gemacht.

Die „Eroberung" der Gewerkschaften besteht also darin, daß man „Vereine zur Erhaltung der Gewerkschaften" bildet, damit man den Gewerkschaftsinvaliden eine Futtertrippe besorgt. Das ist die „Starkeit". Die Reichspräsidentin Zetkin bemerkte noch, daß sie bei der Opposition in der Tschechoslowakei nur „Unklarheit" aber keinen Radikalismus entdeckt habe. Klar wie Zetkin und Brandler ist dort natürlich nur gesellt als Kandidat. Möglicherweise ist es auch nicht sicher, ob es dort Bälder dieser neuen Richtung geben wird. Falls es aber welche gibt, stellt er diesen anheim, auch Kutzner, Roske oder deren Kumpane zu wählen! — Diese Parole läßt tatsächlich darauf schließen, daß der Geist der „Bannerträgerin" noch nicht völlig tot ist.

Mehr arbeiten, weniger essen!

Wolffs Telegraphenbureau verbreitet folgende Nachricht:

Berlin, 17. Oktober. „Der Vorstand der süddeutschen Gruppe des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller hat in seiner letzten Sitzung die derzeitige Lage der Metallindustrie und die Auswirkungen der bei der gesamten Industrie, deinst Reich, bei den Ländern und den Gemeinden in immer kürzeren Abständen sich wiederholenden Erhöhungen der Löhne und Gehälter eingehend erörtert. Es wurde festgestellt, daß diese Erhöhungen den Lohn- und Gehaltsempfängern in keinem Falle einen Nutzen gebracht haben, da sie durch ihre Wirkung auf Rohstoffgewinnung, Frachten, Fertigwarenerzeugung und Notenpresse stets eine neue verstärkte Steigerung aller Preise unmittelbar nach sich ziehen mußten. Zugleich haben sie jedoch zu heftiger Steigerung der Lebenshaltungskosten der Unternehmungen erforderlichen Mittel geführt, daß deren Aufbringung heute nicht mehr möglich ist und die Betriebe unbedingt zu Einschränkungen

Die Metallindustriellen sagen genau das, was Alfred Strismer sagt, nämlich: „mehr arbeiten, weniger essen". Da nun die Gewerkschaften die Reichstag ebenfalls vorwärtsgehen, haben sie recht, gewiß genug ihre Nöchlinien zurückgezogen, nun heißt es: „Mit Nr. 73 der „RKZ." den wichtigsten Teil abdrucken. Die südwestlichen Metallarbeiter, die nach ihrer Niederlage ob ihrer wunderbaren Disziplin von allen Gewerkschaftsbewegungen in den Himmel gehoben wurden, können sich also wieder auf einen „Sieg" gefaßt machen. Und diese Siege werden so lange wiederholen, die das Proletariat erkennt, daß das Kapital doch im gewissen Sinne recht hat: daß die Arbeiterklasse unerläßlich zugrunde gehen muß, wenn sie nicht die Kraft aufbringt, den Kapitalismus durch den Zusammenschluß in den Betrieben zum Zwecke der Eroberung der Macht den Garaus zu machen.

Thalheimer'sche Sorgen

„August ist wieder da" möchte man ausrufen, wenn man seinen ersten Artikel lieset, nachdem er sich von dem ersten Schrecken erholt hat. Am Donnerstag, den 19. Oktober tobte er in der „Roten Fahne" so, daß der Kapitalismus den Staat ruiniert. Vierundzwanzig Stunden hat er nicht gegen den kapitalistischen Zusammenbruch unternehmen können, mußte vielmehr zusehen, wie Hilferding die letzte Goldmilliarde „verpulvern" wollte und führt nun los:

„Nehmen wir eine Goldschatzanweisung im Betrage von etwa 25 Dollar (das sollen nach dem „Vorwärts" wenn 16. d. M. die kleinsten ausgegebenen Stücke werden). Bei einem Dollarkurs von 5000 ist die Goldschatzanweisung 75 000 Papiermark wert, bei einem Kurse von 4000 ist sie gleich 100 000 Papiermark. Dementsprechend modelt sie Höhe der Verzinsung in Papiermark umgerechnet. Diese Goldschatzanweisungen sind natürlich nur nominal Goldwerte, in Wirklichkeit sind sie mit dem Dollarkurs wachsende Papiermarke. Nun sind zwei Fälle möglich. Sie werden entweder durch Papiermarke gedeckt (Steuer- oder Gewerbeeinnahme in Papiermark) oder durch Gold oder Sachwerte. Im ersteren Fall bleibt alles wie es war, die Goldschatzanweisungen sind dann nur ein anderer Name für wachsende Summen von Papiermark. Die Papiermark sinkt weiter. Im zweiten Fall sind wieder zwei Fälle möglich. Der erste, die Deckung durch den Goldschatz der Reichsbank. Das könnte den Fall der Papiermark eine Zeitlang aufhalten, nachdem aber die Goldmilliarde bereits durch Papiermarke gedeckt Reserve der Reichsbanken verpulvert wäre, würde der Kursz nur um so schneller und unaufhaltsam fallen. Deutschland hat auf diese Weise 20 Millionen Pfund Sterling gleich 400 Millionen Goldmark vergeblich verpulvert und ist jetzt völlig in der Hand der Entente.

Die Verschleuderung der letzten Goldmilliarde wäre nicht nur ein tierischer Humbug, sie wäre eine Genesentlosigkeit, ein Verbrechen an der deutschen Gesamtwirtschaft, die sie völlig verlieren kann. Die Arbeiterpartei müßte aussetzen würde. Wir Kommunisten lehnen eine solche verbrecherische und betrügerische Finanzpolitik ab.

Die Verpulverung der Goldmilliarde der Reichsbank würde kaum längere vorhalten und dieselbe Wirkung haben. Man der zweiten Möglichkeit, von der Deckung durch Sachwerte, die der Staat der Kapitalisten zwingt zum abtreten. (man ermöglichte Größe dieses Abtretens. D. R. d. „RKZ.") der einzigen, die eine wirkliche Erleichterung für die Arbeiter bringen würde, wenn sie mit einer bewußten Wirtschaftsdiktatur Hand in Hand verbunden wäre, schwingen alle Fäden des Sächsiers Zaunes-Hilferding.

Dieser Thalheimer steht natürlich den Banderoli seiner Partei klar vor Augen, wie er in Oesterreich schon vorhanden ist. Wenn einmal der kapitalistische Wärmmarkt die höchste Gnade erreicht hat und die Proletarier gestehen, dann heißt es eben auch für diese Mittelstandsjesseldämpfer Farbe bekennen, dann hört die Komödie „Volkswirtschaft" auf. Die Spieler dauer längst haben, ist natürlich zu begreifen. Daß sie nicht die ihnen Rolle verlangen, der Staat der Kapitalisten soll eben die Kapitalisten zahlen, den kapitalistischen Staat etwas abzugeben, damit es der kapitalistische Staat verschont; ich bitte, nicht mehr Geduldet kommt auch in der „Roten Fahne" vorbei, seiner August vorher übergeht worden wäre, daß er noch Zeit hat, sich auszuschlafen, bevor die Revolution ihm am Kragen hat.

Gorter über „die Essener und die Berliner Richtung"

Unter dieser Ueberschrift schreibt Gorter in Nr. 23 der „Essener RKZ." folgendes:

„Durch den Zustand meiner Gesundheit war ich verhindert, der Versammlung der KPD. am 2. Oktober in Berlin beizuwohnen. Ich bin dort über die Ursachen sprechen wollen, wegen welchen die holländische KPD. Ich m. E. der Essener Richtung zustimmen mußte. Was ich dort mündlich hatte sagen wollen, folgt jetzt schriftlich:

Der Kampf der beiden Richtungen geht um diese Fragen: 1. Soll die KPD. in dieser Periode der deutschen Revolution den Kampf um „Verbesserungen" führen? 2. Soll jetzt eine kommunistische Arbeiter-Internationale gegründet werden?

Die Ursachen, warum die KPD. Hollands sich der Essener Richtung hat anschließen müssen, sind folgende: Fast das ganze deutsche Proletariat (Westen und Osten, Nord- und Süddeutschland (und Europas) revolutionär ist, reformistisch, d. h. konterrevolutionär. SPD. und USPD., wie auch die nicht in einer Partei organisierten Massen, alle kämpfen für „Reformen" und „Aufbau". In einer solchen Situation ist es, weil die Revolution das Einzige ist, was das deutsche und europäische Proletariat retten kann, absolut notwendig, daß eine Gruppe, die einzige revolutionäre Gruppe, die es gibt, das Prinzip der Revolution fest, und gegen jeden und alle auf der Seite der äußersten Konsequenz hoch hält. Im Chaos, in welchen Kapitalismus und Proletariat die Welt gestürzt haben, muß eine Gruppe von Proletariern bleiben, die den Kompaß zeigt. Sogar wenn dies (was m. E. nicht der Fall ist) zu Fall zu streng zu konsequent geschähe, dann würde dies in den gegebenen Umständen noch weniger schlimm sein, als die Zauderei, oder sogar die Gefahr, daß auch diese Gruppe reformistisch würde. Denn in diesem Falle gäbe es nichts mehr. Und nun möge die Berliner Richtung mit vielen Artikeln und Thesen zu beweisen versuchen, daß sie auch im Führen von Schutzkämpfen revolutionär bleiben kann, doch wird über Revolutionär zugeben müssen, daß, um jetzigen Zustand Deutschlands, das Führen eines Schutzkampfes, der in Deutschland nichts mehr nützen kann, Reformismus ist, und die Gefahr von weiter gehenden Reformismus in sich birgt. Und weil es zu gegenwärtigen Zeiten der West nicht gelohnen hat, daß es im einzige revolutionäre Gruppe des Weltproletariats in Opportunismus untergeht, oder auch nur die Gefahr läuft untergehen, warum hat die Essener Richtung Recht, die sagt: Die Union soll sich von jedem Schutzkampf fernhalten.

Nun ist es natürlich sehr schade, daß die Essener Richtung ihre Mitglieder freilassen muß, um in einem Schutzkampf mit ihren Kameraden in der Wertheim doch solidarisch zu sein, und also als Individuum zum Schutzkampf zu führen. Schade, denn dies macht ihre Haltung gewissermaßen doppeldeutig. Aber diese Doppeldeutigkeit kommt nicht aus Essen selbst hervor, sondern nur aus den Schäden des deutschen Proletariats. Und die Union als Körperschaft bleibt dann unberührt, die Mitglieder weisen auf sie hin, und sie bleibt der reine Protest gegen das ganze deutsche Proletariat. Die Union bleibt, indem die Mitglieder gezwungen sind zur Solidarität, die einzige der Revolution. Ich weiß schon, daß diese Haltung noch sehr schwierig ist, daß wir alle sie gerne besser haben möchten, aber sie ist die einzige möglich, um die Existenz einer Gruppe zu erhalten, die die Revolution bewahrt. Und darum hat die holländische Partei, wenn sie die Essener Richtung unterstützt, Recht.

Aber, wenn die zweiten Punkt, die Errichtung der KAI., kann ich sehr kurz sein. Denn es ist in den letzten Monaten erwiesen, daß die Essener Richtung und die holländische KPD. mit dieser Errichtung Recht gehabt haben. Darüber kann sogar nicht mehr gestritten werden. Denn es ist klar, daß die Wirkung der KAPD. (und in geringerem Maße auch der KAPD.) gestanden, daß jetzt in England, nach zwei Jahren von vergeblichen Versuchen, endlich eine wirklich revolutionäre Partei errichtet ist. Und diese Partei steht auf dem Standpunkt der KAPD.! Sylvia Pankhurst, die sich erst von Lenin zur letzten Internationale hat überreden lassen, hat eingesehen, daß dies verfehlt war; sie hat die KAPD. gegründet, und jeder, der die letzten Nummern des „Workers Dreadnought" gelesen hat, wird gesehen haben, daß diese Partei auf dem reinen KAPD.-Standpunkt steht, daß sie anfängt zu wachsen, und daß sie gesichert wird von neuem (aber so schnell geht es) Prinzip, daß eine proletarische Organisation nur durch wirkliche Bewährung der Proletarier selbst — also von unten aus — mächtig und siegreich werden kann. Aber nun, der weiß, daß die Weltrevolution von Deutschland und England ausgehen muß, und daß die Zusammenarbeit der revolutionären englischen und deutschen Proletariats zu dieser Revolution notwendig ist, er wird zugeben, daß die Verbindung der KAPD. und KAI. unbedingt war und ist. Und daß also die Essener Richtung und die holländische KPD. auch in der Gründung der KAI. Recht haben. Durch reine Sache hat die Berliner Richtung die Unrichtigkeit ihrer Taktik so sehr bewiesen, wie durch die Berwirklichung der Gründung der KAI. Und dem muß noch hinzugefügt werden, daß wir jetzt in der Gründung der KAI. eine feste und dauernde Verbindung mit Rußland — bekommen haben! Durch sie werden nun unsere Prinzipien und Schriften in Rußland verbreitet, und die heute Internationale in ihrem Zentrum angetastet. Kein, die Essener Richtung hat in jeder Hinsicht Recht und die KAPD. ist wohl, mit ihr zu gehen.

Schließlich müssen wir noch bedenken, daß, sobald die Revolution wieder ausbricht, die beiden Richtungen sich wieder einigen werden. Denn dann ist von Schutzkampf keine Rede mehr und dann ist die KAI. für jeden Revolutionär notwendig.

H. Gorter.

Wir veröffentlichen diese Auslassung des H. Gorter vollinhaltlich, trotzdem unser Raum beschränkt ist. Einige Bemerkungen dürfen wir jedoch auch von unserer Seite am Platze sein.

Genosse Gorter wirft hier zwei Fragen auf, um bis es sich seiner Meinung bringt. Die erste ist „Schutzkampf". Nachdem G. bewiesen, daß diese Politik falsch ist, fordert er uns auf „mit vielen Artikeln und Thesen" das Gegenteil zu beweisen. Wir können dazu weiter nichts sagen, als daß G. sich mit dieser Aufforderung besser an die KPD. oder SPD. wendet. Wir haben die Ansicht, daß, wenn er uns irgend etwas unterschreibt, zu mindest die Pflicht sich von der Richtigkeit seiner eigenen Behauptung zu überzeugen. Das dies offenbarlich nicht geschehen ist, ist wirklich sehr schade. Die Frage, ob Schutzkämpfe führen, hat er sich umsonst bemüht hat.

Die zweite Frage ist die der KAI. Hier tritt dasselbe zu. Wir müssen uns hier ersparen, auf die Argumente der H. Gorter zu ausführlich einzugehen, wie dies bald einer, weil dies bereits geschehen ist auf unserem letzten Parteitag, wie auch gemeinsam hatten, und die auf demselben angenommenen Thesen auch Gorter bekannt sein dürfen. Die Argumente für eine solche Dreimänner-Internationale, um deren Bereit man die einzige KAPD. die überhaupt vorhanden war, zerschlagen wollte, sind uns ebenfalls ziemlich doppelsinnig. Daran kann schließlich auch die Tatsache nichts ändern, daß man Sylvia Pankhurst, die sich von Lenin überreden ließ, wieder zurückziehen vermochte, und so einen Mann oder Genossin mehr bekam. Hoffen wir, daß Genosse Gorter aus diesem Grunde über die Genossin Pankhurst höflich gesinnt bleibt, damit wenigstens dieser Erfolg nicht zunichte wird. Von Rußland — und daß wir ebenso weit ins „Herz" hineinreichen, ohne „kleines Büro".

Es hat den Anschein, als ob hier H. Gorter durch seine Autorität „Recht" sprechen wollte. Sollte das der Fall sein, so müssen wir über die Gleichgültigkeit der Genossen der KPD. organisierten Proletarier von dieser Seite unser Bedauern aussprechen. Wir haben bei Gelegenheit die einfachen Proletarier der KPD. über bewußte Oberflächlichkeiten hinaus sind. Das Mindeste, was man verlangen kann, ist, daß jemand, der ein Recht sprechen will, sich über die Auffassungen der Genossen, die in der Partei stehen, orientiert. Partei und Union haben nach wie vor ihre Presse, aus der seine Stellung zu ersehen ist. Wer es jedoch nicht für der Mühe wert hält, — auf Einsprüchungen hin — bezw Stellung zu nehmen, der wirft im besten Falle komisch, ohne durch keine Mitarbeit auch nur das geringste erbärmliche Niveau eines sich „RKZ." nennenden Organs beeinflussen zu können; im Gegenteil: die ausgesprochene machen nicht „sehr starke" Position, ist bisherig in jeder Beziehung zu einer unbeholfenen Gewohnheit.

Was wir von jedem Genossen verlangen, das müssen wir schon von H. G. ebenfalls verlangen, ganz gleich, ob H. G. krank war, oder noch krank ist.

Zum Schluß möchten wir darum bitten, die von der KAPD. und KAI. auf ihren Kongressen angenommenen „Thesen zur Taktik" („Kampfer" Nr. 14) und die von der Berliner Richtung vertretene Auffassung (entscheidender Abschnitt „Kampfer" Nr. 9 oder „Rote Fahne" Nr. 9) und von der Essener Richtung (Nr. 8 der KAPD.) zu unterbreiten durch die holländische Zeitung. Denn letzteres Endes ist doch H. G. nicht die KAPD.

Wirtschaft

Die Devisenverordnung

Herr Friedrich Ebert (seit seinem Sattelgesellenstück bis vor 7 Wochen „Reichspräsident" vorhem „Führer") hat „von dem ihm verfassungsmäßig zustehenden Recht Gebrauch gemacht" und irgend eine Paragraphen der Verfassung aufgehoben und an dessen Stelle die Devisenverordnung erlassen. Das Prinzip dieser Verordnung ist, das Anbieten und Fordern in ausländischer Währung, d. h. deren Werteje mit ausländischen Zahlungsmitteln im Inlandsverkehr auszuschalten. Es ist dies ein Stück des Kampfes um die Stabilisierung der Mark und Beseitigung der Teuerung, d. h. um die Geldentwertung zu hemmen.

Die Kenner, die bei uns die Verordnung machen, die aus Wilhelms Zeiten herübergerettet, blind, taub und bedenkenlos gegenüber allen Gedanken, verpärkt durch solche, die am längsten Reichsfestlich organisiert sind, sind von marxistischem Denken, von der Wirtschaftstheorie, die die Wirkungen auf die Ursachen zurückführt, natürlich unberührt. Es ist ihnen nicht bewußt, daß sie die Auswirkung der wirtschaftlichen Erscheinungen, die sie bekämpfen wollen, ansehen, und die durch Verordnungen zu steuern hoffen. Wenn diese Verordnung — wie alle Gesetze und Verordnungen im Kapitalismus — ein Schlag gegen die Arbeiterklasse ist, so lag ihr diese Absicht diesmal nicht zugrunde. Keine bürokratische Unfähigkeit ist ihr Mutterboden. Nichts destoweniger ist die Verordnung ein Klassenkampfmittel der Bourgeoisie gegen das Proletariat, die marxistischen Wirtschaftstheoretiker des Kapitalismus, die ehedem Arbeiterführer waren und auf den Nutzen der Arbeiterklasse das wurden, was sie heute sind, wissen sehr wohl, daß sie mit ihren Verordnungen „an die kleinen Tagesnöte des Proletariats anknüpfen" und diesem Sand in die Augen streuen. Das ist der einzige Zweck; irgend eine Wirkung verspreche sie sich nicht. Indes, — um „gerecht" zu sein — zu diesen gehört Friedrich Ebert nicht. Das behaupten wir nicht, um einer Marxistischen Gedankenlosigkeit zu begegnen, weil wir Fritzen kennen, der Spieler, mit seinem Unternehmerstand und dem preußisch-militaristischen Drill-in den Knochen hat die Verordnungen, wenn sie von allerhöchster Stelle kommen, für auf, wie die auf dem Kasernenhof und glaubt, daß die anderen sie zu seinem Vorteil

befolgen. Beim Proletariat sind diese Eigenschaften noch verstärkt durch die generationelle Gewöhnung an die Gewerkschaftsbürokratie und ihrer Herzens Führer. Und so sehen Spitzer und Proletarier, daß seine Vorteil und Bindung und Ruhe und Ordnung besorgt sind und halten weiter „Ruhe und Ordnung". Daß die Verordnung nicht ein Zeta bedeute, schiebt die erste Kategorie dem liebsten Chef oder guten und lesen Gestern in die Schuhe und die letztere guten und bösen Menschen: Schiebern und Wucherern. Daß Devisenspekulanten, Schieber und Wucherer nicht die Ursachen der Geldentwertung und Teuerung sind, sondern deren Folge, sehen die Menschen nicht. Würde das Proletariat das erst erkennen, würde es die Mechanik der Devisenmärkte durchschauen, wäre es auch vorbei mit dem Wählerglauben an die Führer und den Wahn der Besserung seiner Lage durch die Gewerkschaften, wenn sie erst die Ursache Wechselbrief der Proletarier erfassen, dann wäre es vorbei mit dem Vertrauen zu den Parlamentarismus und der Einführung des Sozialismus durch Reformen.

Die Annahme des Handelskapitals, daß die Verordnung der Devisenspekulation, der Geldentwertung und Teuerung Barschaft leiste, ist natürlich ebenfalls Aberglauben. Wohl stieg der Dollar und mit ihm alle ausländischen Zahlungsmittel infolge der Verordnung für kurze Zeit um einige hundert Punkte schneller. Das hatte seine Ursache in dem Bekanntwerden der Verordnung von ihrem Inkrafttreten. Man versuchte noch schnell zu hamstern, was zu erlangen war und trieb dadurch die Preise schneller in die Höhe. Die Stockung trat ein, als die Einbedeutung erfolgt war; und das trat mit dem Inkrafttreten der Verordnung zusammen. Uebrigens ist es mit dieser Verordnung wie mit allen: sie wird nicht befolgt. Noch wie vor werden in den „Tagesspreis Häuser oder andere Werte für so und so viel Dollar angeboten. Das ist nicht zu verhindern, so könnte nicht verhindert werden, daß eine Sache verkauft wird zu einem Marktpreis, der dem Dollarwert entspricht. Durch eine Verordnung können wohl die Bahnhofzahlungen umgestellt werden oder man kann den Preis verbieten, das Gebäude verkaufen, so lange der Führerglauben allmählig ist. „Geldentwertung, Teuerung, Devisenspekulation, Schieber und Wucherer sind die Ausdrucksformen des wirtschaftlichen Verfalls.

Wie reiten die bürgerliche Presse ist nicht infolge Oberts Verordnung, sondern auch als Folge, des wirtschaftlichen Zusammenbruchs — dafür nur ein Beispiel: Die „Welt am Montag" des Herrn von Gerlach, eines Typs der vollgefressenen Spießbürger ist nach Moskau zu kommen. Das kommunistisch unberührt und der Zeitungsfabrikation reichgewordenen Proletarierfeindes, der vor einigen Jahr den nach Moskau zu kommen. Das komische Getriebe des Parteitheoretikers ist die würdige Fortsetzung der Heidelberger Leitsätze. Levi ist inzwischen konsequent bei der USPD. gelandet, während Thalheimer es nur bis zur USP. gebracht hat. Die Entwicklung haben wir ganz klar vorausgesagt. Die sogenannte linke Opposition wendet sich heftig gegen den in dem neuen Programm verkörperten Reviolionismus mit dem Erfolg, daß auf der letzten Zentral-Ausschußsitzung verschiedene Delegierte den Ausschluß der Verbrecher gegen die Heiligkeit der Zentrale stürmisch verlangten. Der neue Programmentwurf hat den revolutionären Teil, der in der KPD. organisierten Arbeiterschaft, vollständige Aufklärung über den Charakter der KPD. gebracht. Die Abhilfe erblickte diese Opposition in einem Antrage auf Streichung der Uebergangsforderungen. Die Ablehnung des Antrages beruhigte die Opposition. Sie hatte damit ihre Pflicht getan. Weitere Taten haben wir von dieser Seite aus nicht zu erwarten, am allerwenigsten, daß sie die Konsequenz aus der Ablehnung zieht. Es soll dies nur zum Nachweise vorausgeschickt werden, daß eine Abänderung des Programms nicht zu erwarten steht, d. h., daß man nicht einmal die revolutionäre Form zu wahren gedenkt. Auch kann die KPD. nicht allein über die Form ihres Programms entscheiden, sondern muß es erst dem vierten Weltkongreß der dritten Internationale zur Genehmigung vorlegen, dann hat der Parteitag der KPD. es anzunehmen. Das Kind muß seine Schularbeiten dem Vater vorlegen, der sie dann korrigiert mit dem Druck der väterlichen Autorität dem braven Kind zurückgibt.

Die Einleitung itzigiert die Entwicklung der kommunistischen Idee seit dem Kommunistischen Manifest und stellt fest, daß die „Fahne des Kommunismus heute flegreich über seinem Gebiet wehe, das ein sechsten Teil des Erdballs umfaßt. Schon die gewählte Formulierung läßt den ganzen Unsinn dieser Feststellung erkennen. „Mitten in den Kreis der großen kapitalistischen Weltmächte ist der Kommunismus als neue Großmacht getreten und hat mit der Waffe in der Hand alle Widerstände bezwungen." Das rein kapitalistische Rußland als kommunistische Gegenwart hinzustellen, bleib dem Programm der KPD. vorbehalten, sonst pflegt man selbst in der „Roten Fahne" einzugestehen, daß der Kommunismus in Rußland noch nicht durchgeführt ist, und daß dort die Form des Staatskapitalismus herrsche. Schon dieser Ausgangspunkt zeigt, daß das ganze Programm für die Arbeiterregierung, wobei jedoch vor der „kommunistischen Großmacht Rußland" bildet. Zwangsläufig wird da dessen Notwendigkeit angeknüpft. Die Nachprüfung erstreckt sich auch nur darauf. Der historische Teil wird die Moskauer Machthaber bedeutend kälter lassen. Man wird ihn sogar kaum lesen.

Der erste Abschnitt behandelt den Aufstieg und Niedergang des Kapitalismus. Das Zeitalter des Imperialismus wird nicht einmal begriffen. Der Aufstieg wird schon in der Periode nationaler Aufstände und bürgerlicher Revolutionen in diesen patriarchalischen und halbfeudalen Bauernländern des Ostens" erblickt — in der Türkei, Persien, China usw. — Hier handelt es sich um Sprengung feudaler Fesseln und die Durchsetzung der Herrschaft des Bürgertums. Kein Abtieg, sondern ein Aufstieg. Es wird dadurch die größere Aufnahmefähigkeit der betreffenden Länder für die industriellen Bedürfnisse gewährleistet. Das westeuropäische Kapital hat diese Entwicklung nicht nur gefördert, sondern mit allen Mitteln darauf gedrängt. Das englische Kapital hat aus dem Prinzip der Selbständigkeit seine Dominions vertreten und auch bis zu einem gewissen Grade in die Tat umgesetzt. Der Entwicklung dieser Länder, hat das europäische Kapital einen großen Teil seines Aufstiegs zu verdanken. Nicht die bürgerliche Revolution haben den Niedergang des Kapitalismus herbeigeführt, sondern die unaufhaltsame Steigerung der Produktion hat den Kampf um die noch nicht verteilten Absatzgebiete entfesselt, zumal, da auch die ungeheuer schnell steigende Uebervölkerung Europas nach Expansion schrie. Es werden in dem Programm die Folgen anstelle der Ursachen gesetzt. Aus der wirtschaftlichen Entwicklung ist der Untergang des Kapitals entstanden. Dies wird in dem Programm überhaupt nicht aufgezeigt. Es werden nur mechanisch Tatsachen aneinander gereiht.

Die Entwicklung von der Volks- zur Weltwirtschaft wird im großen und ganzen richtig charakterisiert. Es ist die umgebaute unmittelbare Kraft der Technik gewürdigt. Als eine Folge der kapitalistischen Entwicklung wird dann die „Umwandlung des industriellen Kapitals in Geld und Wucherkapital und die Umwandlung des industriellen Kapitalismus selbst in einen müßigen Rentner, einen Parasiten", hingestellt. So allgemein gefaßt, ist dieser Satz unrichtig. Das

3. Jahrg. Nr. 78. Preis 10,— M.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg.

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Berliner Bezirksorganisationen, im Straßenhandel und durch den Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6

Redaktion u. Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Straße 6 Geöffnet täglich von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags Postscheckkonto für Berlin: Berlin NW 7, Nr. 490 29

Abonnementspreis für Groß-Berlin 90 Mark monatlich. — Versand durch die Post innerhalb Deutschlands 120,— M. monatlich, nach dem Ausland 180,— M. monatlich.

Leere Hände

In der Not frißt der Teufel Fliegen, und die KPD. ein Programm Thalheimers. Das enfant terrible, die Beilage der „Roten Fahne", „Taktik und Organisation", verrät der erstaunten Mitwelt, daß das Programm in der erwähnten Form nur angenommen wurde, um nicht mit leeren Händen nach Moskau zu kommen. Das komische Getriebe des Parteitheoretikers ist die würdige Fortsetzung der Heidelberger Leitsätze. Levi ist inzwischen konsequent bei der USPD. gelandet, während Thalheimer es nur bis zur USP. gebracht hat. Die Entwicklung haben wir ganz klar vorausgesagt. Die sogenannte linke Opposition wendet sich heftig gegen den in dem neuen Programm verkörperten Revisionismus mit dem Erfolg, daß auf der letzten Zentral-Ausschußsitzung verschiedene Delegierte den Ausschluß der Verbrecher gegen die Heiligkeit der Zentrale stürmisch verlangten. Der neue Programmentwurf hat den revolutionären Teil, der in der KPD. organisierten Arbeiterschaft, vollständige Aufklärung über den Charakter der KPD. gebracht. Die Abhilfe erblickte diese Opposition in einem Antrage auf Streichung der Uebergangsforderungen. Die Ablehnung des Antrages beruhigte die Opposition. Sie hatte damit ihre Pflicht getan. Weitere Taten haben wir von dieser Seite aus nicht zu erwarten, am allerwenigsten, daß sie die Konsequenz aus der Ablehnung zieht. Es soll dies nur zum Nachweise vorausgeschickt werden, daß eine Abänderung des Programms nicht zu erwarten steht, d. h., daß man nicht einmal die revolutionäre Form zu wahren gedenkt. Auch kann die KPD. nicht allein über die Form ihres Programms entscheiden, sondern muß es erst dem vierten Weltkongreß der dritten Internationale zur Genehmigung vorlegen, dann hat der Parteitag der KPD. es anzunehmen. Das Kind muß seine Schularbeiten dem Vater vorlegen, der sie dann korrigiert mit dem Druck der väterlichen Autorität dem braven Kind zurückgibt.

Die Einleitung itzigiert die Entwicklung der kommunistischen Idee seit dem Kommunistischen Manifest und stellt fest, daß die „Fahne des Kommunismus heute flegreich über seinem Gebiet wehe, das ein sechsten Teil des Erdballs umfaßt. Schon die gewählte Formulierung läßt den ganzen Unsinn dieser Feststellung erkennen. „Mitten in den Kreis der großen kapitalistischen Weltmächte ist der Kommunismus als neue Großmacht getreten und hat mit der Waffe in der Hand alle Widerstände bezwungen." Das rein kapitalistische Rußland als kommunistische Gegenwart hinzustellen, bleib dem Programm der KPD. vorbehalten, sonst pflegt man selbst in der „Roten Fahne" einzugestehen, daß der Kommunismus in Rußland noch nicht durchgeführt ist, und daß dort die Form des Staatskapitalismus herrsche. Schon dieser Ausgangspunkt zeigt, daß das ganze Programm für die Arbeiterregierung, wobei jedoch vor der „kommunistischen Großmacht Rußland" bildet. Zwangsläufig wird da dessen Notwendigkeit angeknüpft. Die Nachprüfung erstreckt sich auch nur darauf. Der historische Teil wird die Moskauer Machthaber bedeutend kälter lassen. Man wird ihn sogar kaum lesen.

Der erste Abschnitt behandelt den Aufstieg und Niedergang des Kapitalismus. Das Zeitalter des Imperialismus wird nicht einmal begriffen. Der Aufstieg wird schon in der Periode nationaler Aufstände und bürgerlicher Revolutionen in diesen patriarchalischen und halbfeudalen Bauernländern des Ostens" erblickt — in der Türkei, Persien, China usw. — Hier handelt es sich um Sprengung feudaler Fesseln und die Durchsetzung der Herrschaft des Bürgertums. Kein Abtieg, sondern ein Aufstieg. Es wird dadurch die größere Aufnahmefähigkeit der betreffenden Länder für die industriellen Bedürfnisse gewährleistet. Das westeuropäische Kapital hat diese Entwicklung nicht nur gefördert, sondern mit allen Mitteln darauf gedrängt. Das englische Kapital hat aus dem Prinzip der Selbständigkeit seine Dominions vertreten und auch bis zu einem gewissen Grade in die Tat umgesetzt. Der Entwicklung dieser Länder, hat das europäische Kapital einen großen Teil seines Aufstiegs zu verdanken. Nicht die bürgerliche Revolution haben den Niedergang des Kapitalismus herbeigeführt, sondern die unaufhaltsame Steigerung der Produktion hat den Kampf um die noch nicht verteilten Absatzgebiete entfesselt, zumal, da auch die ungeheuer schnell steigende Uebervölkerung Europas nach Expansion schrie. Es werden in dem Programm die Folgen anstelle der Ursachen gesetzt. Aus der wirtschaftlichen Entwicklung ist der Untergang des Kapitals entstanden. Dies wird in dem Programm überhaupt nicht aufgezeigt. Es werden nur mechanisch Tatsachen aneinander gereiht.

Die Entwicklung von der Volks- zur Weltwirtschaft wird im großen und ganzen richtig charakterisiert. Es ist die umgebaute unmittelbare Kraft der Technik gewürdigt. Als eine Folge der kapitalistischen Entwicklung wird dann die „Umwandlung des industriellen Kapitals in Geld und Wucherkapital und die Umwandlung des industriellen Kapitalismus selbst in einen müßigen Rentner, einen Parasiten", hingestellt. So allgemein gefaßt, ist dieser Satz unrichtig. Das

Auflösung

Die Sorgen der deutschen Kleinbürger nehmen in der letzten Zeit so überhand, daß Gehirnerschütterungen oder völliges Verrücktwerden bei denen, die selbst an ihre Wunderkraft glauben, absolut im Bereich der Möglichkeiten liegt. Es ist zuviel, selbst für einen deutschen Oberlehrer, was in diesen Tagen über die „Regierungshäupter" und „Volkswirte" hereinbricht. Es ist schon eine riesige Aufgabe, von all den „Problemen", daß Wichtigste herauszufinden. Glaubte man vor einigen Tagen, daß es sich lohnen würde zur „Stützung" der Mark eine parlamentarische Opposition zu riskieren, so stellt sich schon bei den Beratungen darüber heraus, daß die Forderungen der Junker diese Frage in den Hintergrund drängen muß, weil sie an „Wichtigkeit" die erstere weit überragt. Doch auch der letzte Rest von Willenskraft wird gelähmt durch die außenpolitischen Erscheinungen. Die dem deutschen Spießer wieder rechtzeitig seine Rolle als politischer Hanswurst zum Bewußtsein bringen. Bedeutet man weiterhin, daß eine Zeitungsnotiz, die besagt, daß ein dummer Junge einen Mordanschlag auf den Oberdemokraten plane, genügt, um den Dollarkurs um weitere 500 Punkte in die Höhe zu treiben, so müßte eigentlich jeder begreifen, was es heißt, unter diesen Umständen für das „Volk" zu wirken. Aber Undank ist nun einmal der Welt Lohn.

Als die deutsche Industrie mit den Unterschriften der Gewerkschaften in bezug auf verschärfte Ausbeutung des Proletariats versehen, die Verträge mit dem französischen Kapital abschloß, deren Bezahlung in Weltmarktpreisen und französischer Währung zu erfolgen hatte, da sträubten sich die Herren Gewerkschaftsbonzen wohl ein bischen, und regten sich ein klein wenig auf über die Eigenmächtigkeit ihrer Brotherren. Jedoch der deutsche Kleinbürger beruhigt sich sehr bald wieder. Daß der Anschluß des deutschen Kapitals an Frankreich den Anschluß an die hochwertige Valuta bedeuten würde, daß durch den ungeheuren Bedarf an ausländischen Zahlungsmitteln der Notenumlauf sich multiplizieren muß, jene Riesenaufträge eine Riesenausfuhr ohne Einfuhr sind, und aus diesem Grunde die Waren im Lande über die Grenze wandern, ohne daß dafür etwas hereinkommt, was eben dazu führt, daß die Lager leer werden, daß weiterhin die deutsche Industrie die Mark dauernd herabdrücken muß, wenn sie konkurrenzfähig bleiben will, wodurch wiederum nur eine verschärfte Ausverkaufkonjunktur hervorgerufen wird, daß dadurch das Zahlungsmittel der deutschen „Nation", daß man einfach in den beliebigen Mengen ausgibt, automatisch entwertet wird, das haben sie vielleicht auch gewußt. Aber kommt Zeit, kommt Rat. Warum denn, wenn es noch gar nicht nötig ist, sich aufregen. Wenn als zwangsläufige Folgerscheinung die Agrarier, die Monopolisten für den deutschen Lebensmittelmarkt, auf Grund der Geldentwertung eben die Preise verlangen, die durch das Verhältnis von Angebot und Nachfrage sich ganz von selbst ergeben, dann ist es ja immer noch Zeit, den Entrüsteten zu spielen, weil die Agrarier keine „anständigen" Kapitalisten sind, und sich von der Jagd nach Profit ebenso wenig abhalten lassen wie die anderen. Man gibt den deutschen Arbeitern dann wieder eine „Zulage" und Gelegenheit, sich gehörig auszuschimpfen und die Sache ist momentan wieder geregelt.

Die Gewerkschaften treten offiziell nur soweit in den Vordergrund, als es die Vorbereitungen in bezug auf die durch den Hunger bedingten Aufstände betrifft. Sie haben daher ihre „Richtlinien" veröffentlicht, in denen gesagt wird, daß sie die Technische Nothilfe zerschlagen wollen und die erste Versuch sich auszuhelfen, zugleich die Voraussetzungen für die sichere Niederlage schaffen. Gelingt es ihnen, die Proletarier darauf festzulegen — und dafür sorgt schon die „Opposition" durch ihr „Hinein" —, so ist der Erfolg der Ge-

französische Kapital hat wohl diese Entwicklung genommen, alles das ist nur auf die besonderen Umstände zurückzuführen. Die anderen Länder haben in immer verstärkter Form die Industrien zu entwickeln gesucht. Bis in die letzte Zeit vor dem Kriege konnte man eine dauernde technische Umstellung der Industrie verzeichnen. Es wurden dauernd neue Fabriken errichtet und die Produktion von Produktionsmitteln steigerte sich fortgesetzt. Die starke Akkumulation des Kapitals blieb nicht tot liegen, sondern wurde immer wieder neu in der Produktion investiert. Gerade der Imperialismus ist ein Zeichen für den Expansionsdrang des Kapitals. Es setzte akkumulierte Kapital auf das Spiel, um noch stärker akkumulieren zu können. Der industrielle Kapitalist ist in diesem Stadium kein müßiger Rentner, im Gegenteil, er muß sich dauernd auf der Höhe der Technik halten, um existieren zu können. Die Monopolisierung hat noch nicht zur Einschränkung der Produktion oder Hemmung des technischen Fortschritts geführt. Die Notwendigkeit auf dem Weltmarkt, die auswärtige Konkurrenz zu unterbieten, hat vielmehr den Zwang zur technischen Verbesserung in den Wirtschaften hauptsächlich auf die industrielle Produktion angewiesenen Ländern verstärkt. Solange das westeuropäische Industriebecken noch mit erheblicheren Ueberschuß arbeitete und die amerikanische Industrie noch eine höhere Technik aufwies, könnte von einem technischen Stillstand noch nicht die Rede sein.

Es ist klar, daß die starke Konzentration in der kapitalistischen Wirtschaft zu einer Verschiebung der wirtschaftlichen Stellung der Volksschichten führen mußte. Der Großbetrieb zerstörte den Mittel- und Kleinbetrieb, verschiebte damit das Kleinbürgertum, das für das Großkapital durch seine verhält